

# Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werftätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 48, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepalte Seite oder deren Raum 35 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 25 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 18.

Dienstag, den 22. Januar 1918.

25. Jahrg.

## Die amerikanische Hilfe.

Von Richard Gädke.

Der Krieg zieht sich auf allen Kriegsschauplätzen in der gleichen schleppenden Weise fort wie bereits seit Wochen. Das Kennzeichen der Lage sind die häufigen Erkundungsstöße, die von beiden Seiten vorgetrieben werden. Mit ihnen im Zusammenhang steht dann meist das Anschwellen des Geschützfeuers, von dem die Heeresberichte melden. Der äußere Eindruck ist fast der, daß die Heere langsam sich rüsten, den mächtigsten Krieg zu beenden und sich schließlich auf das Nahen der Friedenszeit einzurichten. Aber ich fürchte sehr, daß dieser Anschein ein trügerischer ist, und daß im Gegenteil unter der ruhigen Oberfläche sich eine Spannung ansammelt, die sich seinerzeit in gewaltigen Schlägen, vielleicht in den größten dieses Krieges entladen wird. Erst dann, wenn auch diese Kraft verdrahtet ist, wird die Zeit dem Frieden entgegenreifen.

Die augenblickliche Untätigkeit ist weniger durch die Jahreszeit als durch die Vorbereitungen aller Teile auf die neuen Unternehmungen des Frühjahrs hervorgerufen; höchstens im italienischen Gebirge mag der Jahreszeit der entscheidende Einfluß eingeräumt werden. Im übrigen rüsten alle am Kriege beteiligten Staaten mit höchster Kraft für die Entscheidungen des Frühjahrs. Aber die Ausichten sind nicht gleich auf beiden Seiten.

Wir können es völlig dahingestellt sein lassen, ob die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk zum erwünschten Ziel führen werden oder nicht: die russischen Heerescharen scheiden in jedem Falle als wirksame Kraft der Kriegführung aus. Eine Truppe kann ohne hingebenden Eifer, ohne den Willen, ohne feste Ordnung, ohne Gehorsam und ohne geübte Führer ihre kriegerische Aufgabe nicht erfüllen. Die Mittel aber, die die Revolution und besonders die Bolschewiki angewandt haben, um sie als Werkzeug des Zarismus und der Reaktion unbrauchbar zu machen, müßten ihr notwendigerweise die Eigenschaften rauben, die gegen den äußeren Feind nötig sind. Vielleicht, daß es ein wenig besser in den ukrainischen Streitkräften und im rumänischen Heere steht. Ueberall ist aber die Abneigung gegen den Krieg, ist der Friedenswille in einem Maße gestiegen, daß diese Heerhaufen vielleicht noch zur Verteidigung aber nicht mehr für die schwere und blutige Aufgabe des Angriffs geeignet erscheinen. Wahrscheinlich sind die an der Front stehenden Truppen auch zahlenmäßig erheblich geschwächt, indem sie das Werk der Demobilisierung teils in die eigene Hand nahmen, teils für den Bürgerkrieg und als Stütze der gegenwärtigen Regierung im Innern Verwendung fanden.

Für die Mittelmächte ist es ferner ein außerordentliches Vorteil, daß ihre italienische Front auf ein Drittel ihrer bisherigen langgezogenen Ausdehnung verkürzt, demzufolge beträchtlich stärker geworden ist und mit geringerer Truppenmacht, gegen feindliche Zahlenstärke auch immer gehalten werden kann. Ganz abgesehen davon, daß auch die innere Verfassung des italienischen Heeres für einen Angriff weniger günstig geworden ist.

Daraus folgt unmittelbar, daß die kriegerische Lage der Deutschen im Westen sich in entscheidendem Maße verbessert hat, während zu gleicher Zeit die unserer Gegner sich verschlechterte. Der Mannschaftsmangel der Franzosen, die großen Verluste der Engländer — sie werden für 1917 auch nicht viel weniger als auf fünf Viertel Millionen Mann zu berechnen sein — ihre Mißerfolge haben ihre Angriffskraft heruntergedrückt. Es ist unwahrscheinlich, daß sie in absehbarer Zeit Neigung verspüren werden, zu neuen Durchbruchversuchen wie bei Arras, Ypern, Cambrai zu schreiten. Ihr starker nationaler Wille, ihre Entschlossenheit in der Verfolgung ihrer Kriegsziele werden ihnen sicher neue Mannschaften liefern; bis diese aber brauchbar werden, wird geraume Zeit verstreichen. Und auch dann werden sie nicht hinreichen, das Gesicht des Krieges noch zu ändern.

Allem Anscheine nach rechnen sie darauf auch selber nicht, sondern stellen zwei andere Hoffnungen in ihr Kalkül ein. Die eine besteht darin, daß unsere wirtschaftliche Widerstandskraft schließlich doch eher zusammenbrechen möchte als die ihrige. In dieser Beziehung lehnen sie mit englischer Fähigkeit zu dem Ausgangspunkte ihres Krieges gegen uns zurück, zu der selbstbewußten Annahme, daß sie die Sache in jedem Falle länger aushalten als wir. Sie hatten ursprünglich gehofft, daß ihre enge Hungerblase uns sehr rasch, vor Jahresfrist, auf die Knie zwingen würde. Alle Enttäuschungen haben sie nicht von dem grundlegenden Irrtum ihrer Berechnung überzeugt, daß wir zur Not, wenn auch dürftig, noch im wesentlichen mit dem auslangen, was unser Boden liefert, während sie ohne starke Zufuhren von außerhalb überhaupt nicht leben können.

Ihre zweite Hoffnung besteht in der Erwartung amerikanischer Waffenhilfe. Der Kriegsminister der Vereinigten Staaten, Herr Daker, ist ihnen kürzlich moralisch zur Hilfe gekommen, indem er vor dem Senatsausschuß die gewaltige Küftung des Landes stolz hervorhob. Schon 1½ Millionen Mann seien im Felde oder in der Ausbildung begriffen

und diese seien mit allem nötigen, mit den modernsten Waffen und wirksamsten Kriegsmitteln ausgerüstet. Wie viel von ihnen bereits im Felde stehen, verrät er uns freilich nicht. Mit aller Bescheidenheit dürften wir ihn darauf aufmerksam machen, daß Leute, die noch in der Ausbildung sind, uns eben nicht sehr schrecken können. Wir überlegen sehr ruhig, wann diese Leute wohl kriegsbereite Soldaten sein werden und haben einige Anhaltspunkte in der Zeit, deren die Engländer bedürften, um ein Millionenheer auf das nahe Festland zu schicken. Erst im Sommer 1916 sind sie tatsächlich in der Lage gewesen, mit selbständigen Heeren um die Entscheidung zu ringen — auch dann, wie wir wissen, vergeblich. Sie hatten aber nicht nur 1½ Millionen Mann aufgestellt, sondern tatsächlich an die Front geschickt, was ein ungeheurer Unterschied ist.

Nun dürfen wir den Amerikanern überdies bemerken, daß für einen Staat von hundert Millionen Einwohnern die Aufstellung eines Heeres von 1½ Millionen Mann eben gerade kein Wunderwerk an Leistungsfähigkeit ist. Unsere eigene Leistung hebt sich riefenhaft demgegenüber ab. Aber prüfen wir den voraussichtlichen Wert jenes Heeres an der Hand der amerikanischen Zahlen: Vor dem 1. April 1917 hatte das Heer 9542 Offiziere; jetzt besteht es, wie Herr Daker hervorhebt, deren 110 880. Kunststück, wenn man jemandem die Epauletten annäht und ihn dadurch zum Offizier macht. Bildet er sich wirklich ein, daß diese ohne jedwede Vorbildung in das Heer eingetretenen Herren im Laufe von drei bis neun Monaten der schweren Aufgabe des Subalternoffiziers im modernen Kriege gewachsen geworden sind? Einzelne Begabte könnten unter guter Anleitung sich das nötige Können wohl erworben haben, die große Masse ist weit entfernt davon. Und an der Anleitung fehlt es noch dazu; die Zahl von 9500 Subalternoffizieren, denen alle möglichen anderen Geschäfte oblagen; ist an sich viel zu wenig zahlreich für diese Aufgabe; sie selber aber waren nach den Eigentümlichkeiten des amerikanischen Heeres an die Truppenführung im großen in keiner Kampfstellung genügend gewöhnt. Und welcher nimmt der Kriegsminister die rund 4500 Generale und Stabsoffiziere, die für ein 1½ Millionenheer nötig sind? Schon die Subalternoffiziere bildet man nur in einer fertigen geübten Truppe heran. Wo ist diese geübte Truppe? Eine unlösliche Aufgabe ist es, selber zugleich Lehrling und Lehrer zu sein; beide Aufgaben kommen

dabei zu kurz! Nur die Länge der Zeit kann solchen Mangel einigermaßen heben, vollständig erst der Krieg selbst. In ihm würde nun die Truppe eintreten, in dem sie das vollkommenste Kriegswerkzeug sich gegenüberstellt, das unsere Zeit, das alle Zeiten je gesehen haben. Noch schlimmer ist es um die Unteroffiziere des amerikanischen Heeres bestellt, diese wichtigen Organe für die Festigkeit, den Zusammenhang, die Ausbildung einer Streitmacht. Alles und jedes ist dort improvisiert, nichts auch nur annähernd fertig. Man darf hierbei nicht übersehen, daß die Engländer wesentlich bessere Verhältnisse bei der Aufstellung ihrer neuen Streitkräfte vorfanden als die Amerikaner. Denn sie hatten stärkere Stämme zahlreichere und besser geübte Offiziere und Unteroffiziere.

Nach der Gesamtstärke des Heeres der Vereinigten Staaten werden höchstens 500 000 Mann für die Verfeinerung nach Europa überhaupt in Betracht kommen. Aber wann? Ein Teil unserer Gegner rechnet auf sie erst im Herbst dieses Jahres, ein anderer Teil und ein Teil der neutralen Schriftsteller gar erst für das Frühjahr 1919. Nehmen wir ruhig an, daß ein Bruchteil von ihnen, trotz der Frachtraumnot, trotz unserer U-Boote, auch früher schon europäischen Boden betreten könnte — es werden keine fertigen Truppen sein; sie werden noch viel, beinahe noch alles zu lernen haben. Bewaffnete Leute, die das Gewehr und das Geschütz einigermaßen zu handhaben verstehen, bilden schließlich in der Vorbereitung eine gewisse Masse, besitzen eine gewisse Widerstandskraft im frontalen Kampfe, Elbogen an Elbogen mit französischen, englischen, italienischen Truppen, die erst befestigt werden muß. Für den Angriff kommen sie also nicht in Betracht. Und sie sind viel zu schwach und unbedeutend, um den Ausfall der Russen und die Schwächung der Italiener irgendwie wettzumachen. Unsere Gegner nehmen in einer für sie gefährlichen Zeit den Mund wieder einmal voll, um ihren Völkern Zuversicht zu geben, die unserer, wenn es ihnen gelingen möchte, möglichst zu dämpfen. In Wahrheit aber ist ihre Lage die, daß sie offenbar kein Interesse daran haben, die Entscheidungen des Frühjahrs zu beschleunigen. Man sollte annehmen, daß sie nur noch auf die Zeit rechnen, daß sie hoffen, in ihr den Bundesgenossen für die Entwidlung ihrer Streitkräfte zu finden. Dann freilich werden sich die Amerikaner noch sehr viel mehr anstrengen müssen als gegenwärtig.

## Die Friedensverhandlungen.

Zwischen der russischen und der ukrainischen Friedensdelegation ist es zum offenen Bruch gekommen. Die Petersburger Agentur meldet darüber aus Brest-Litowsk: Wir bekamen keine Antwort auf unseren Wunsch, Mitteilungen über die Verhandlungen der Ukraine mit Deutschland und Österreich-Ungarn, die vor unserer Ankunft bezwungen und scheinbar noch fortgesetzt werden, zu erhalten. Am 15. Januar bemerkte v. Kuhlmann, daß die Grenzen der Okkupationsgebiete mit den Ukrainern besprochen wurden. In Anbetracht dessen, daß die ukrainische Delegation ohne unser Wissen diplomatische Verhandlungen eingeleitet hatte, sandte Trotzky ein Schreiben an die ukrainische Delegation, worin er die Ukrainer beschuldigt, hinter dem Rücken der Maximalisten mit einer feindlichen Delegation zu verhandeln. „Mit Rücksicht auf die Massen der Arbeiter und Bauern in Rußland und der Ukraine beschließen wir“, heißt es in diesem Schreiben, „jede Verantwortung für ihre Verhandlungen abzulehnen.“ Wir wenden uns noch einmal direkt an das ukrainische exekutive Zentralkomitee in Charkow. Es möge Maßnahmen treffen, um die Interessen der ukrainischen Volksrepublik zu sichern. Wir wissen genau, daß das exekutive Zentralkomitee ein größeres Recht hat, im Namen der ukrainischen Republik zu sprechen, als die Kiemer Rada. Daß wir zuvor gegen eure Teilnahme am Verhandlungstische nicht protestierten, geschah, weil wir hofften, daß ihr wissen würdet, euer Auftreten auf die demokratischen Elementarprinzipien zu gründen. Da sich eure Politik nun auf geheime Uebereinkommen und Verrat der demokratischen Interessen gründet, finden wir es notwendig, darauf hinzuweisen, daß euer wirklicher Einfluß in keiner Weise durch das Recht gibt, im Namen der unabhängigen Republik zu sprechen.“

Der Bruch dürfte ein vollkommener werden, wenn man in Petersburg erfährt, daß die Verhandlungen zwischen der Ukraine und den Mittelmächten vor dem Abschluß stehen. Wir haben gestern bereits auf diese Gefahr hingewiesen. Ob resp. welche Folgen sie zeitigen wird, hängt naturgemäß von dem weiteren Verlauf der Ereignisse in Rußland ab.

Der österreichische Ministerpräsident über die Friedensverhandlungen.

Bei Beratung einer Abordnung der Arbeiterschaft mit der Regierung im Abgeordnetenhaus erklärte der Ministerpräsident, es sei der schärfste Wunsch des Kaisers, sobald

als möglich den Krieg durch einen ehrenvollen Frieden zu beendigen. Ist zurzeit nur ein Sonderfrieden mit Rußland möglich, so fällt die Verantwortung auf die Ententemächte, die all die wiederholten Friedensangebote der Mittelmächte ausschlugen. Dessen ungeachtet halte die Regierung an dem Ziele eines möglichst baldigen allgemeinen Friedens fest. Internationale Vereinbarungen und Abrüstung, sowie Schiedsgerichte bieten dazu nach ihrer Überzeugung die geeignetste Grundlage. Da keine territorialen Erwerbungen auf Kosten Rußlands von der k. u. k. Regierung angestrebt werden, werden daran auch die Friedensverhandlungen nicht scheitern. Der Bevölkerung Polens werde es überlassen bleiben, durch eine Volksabstimmung auf breiter Grundlage die staatliche Ordnung zu regeln, am besten durch eine auf breiter Grundlage gewählte konstituierende Verammlung, deren Entscheidung in voller Freiheit und ohne Beeinträchtigung durch die Besatzungsbehörden erfolgen soll. Die Forderung der russischen Regierung nach Räumung der besetzten Gebiete müßte die k. u. k. Regierung allerdings ablehnen, weil bei Fortdauer des Krieges an den anderen Fronten und angesichts der noch nicht gefestigten Verhältnisse Rußlands diese Gebiete nicht ohne Gefährdung der militärischen Interessen geräumt werden können. Doch würde bei gutem Willen auf beiden Seiten sicherlich ein Kompromiß mit der russischen Regierung gefunden werden können. Da die Monarchie bei Lösung aller dieser Fragen sich von keinen eigenmächtigen Absichten leiten lasse und bereit sei, den russischen Wünschen so weit entgegenzukommen, als es die österreichisch-ungarischen Interessen gestatten, hegt er das vollständige Vertrauen, daß bei ebenso gutem Willen auf der anderen Seite die Verhandlungen an diesen Fragen nicht scheitern werden. Die Regierung sei jederzeit bereit, die gewählten Vertreter ihres Volkes über ihre Ansichten und den Gang der Verhandlungen freimütig zu unterrichten und dadurch das notwendige Vertrauen der Bevölkerung zur auswärtigen Politik zu festigen.

Zum Schluß wies der Ministerpräsident auf die Sonnabend veröffentlichte Erklärung des Ministers des Innern, Grafen Czernin, hin. In längeren Ausführungen legte Johann Minister Höfer die Maßregeln dar, die die Regierung zur Verbesserung der Ernährungsverhältnisse getroffen hat, und teilte mit, die Regierung sei fortgesetzt mit allem Nachdruck und hoffentlich nicht ohne Erfolg am Werke, durch Verhandlungen mit der ungarischen Regierung und den Verbündeten die Ernährungsverhältnisse in einverständlichem Wirken zu verbessern.



# Die Lage in Russland.

Das amtliche Dekret, mit welchem die verfassunggebende Versammlung in Petersburg aufgelöst wurde, hat folgenden Wortlaut:

Die russische Revolution stellte von Anfang an die Sowjets der Arbeiter, Soldaten- und Bauernangeordneten als Massenorganisation aller arbeitenden und ausgebeuteten Klassen, welche einzig fähig ist, den Kampf dieser Klassen für ihre volle politische und wirtschaftliche Befreiung zu führen, an erste Stelle. Im Laufe der ganzen ersten Periode der russischen Revolution vermehrten sich die Sowjets, sie sind gewachsen und erstarkt, indem sie aus eigener Erfahrung die Aufgaben des Einverständnis mit der Bourgeoisie und die Falschheit der Formen des bürgerlichen, demokratischen Parlamentarismus erlebten und praktisch zu dem Schluss kamen, daß die Befreiung der unterdrückten Klassen ohne Bruch mit diesen Formen und jedem Einverständnis unmöglich sei. Als ein solcher Bruch erschien die Oktober-Revolution und die Übergabe der ganzen Macht in die Hände der Sowjets. Die verfassunggebende Versammlung, welche nach den vor der Oktober-Revolution aufgestellten Plänen gewählt worden, war der Ausdruck des Verhältnisses der alten politischen Kräfte, als die Einigungspartei und die Kadetten die Gewalt innehatten. Das Volk konnte damals, als es für die Kandidaten der sozialrevolutionären Partei stimmte, nicht zwischen den rechten Sozial-Revolutionären und den Parteigängern der Bourgeoisie und den linken Parteigängern des Sozialismus wählen. Auf diese Weise mußte die verfassunggebende Versammlung, welche als die Krone der parlamentarischen Republik erschien, der Oktober-Revolution und der Sowjetmacht in die Quere kommen. Nachdem die Oktober-Revolution den Sowjets und durch die Sowjets den arbeitenden und ausgebeuteten Klassen die Macht gab, rief dies den Widerstand der Ausbeuter hervor und zeigte sich bei der Unterdrückung des Widerstandes als der Anfang der sozialistischen Revolution. Die arbeitenden Klassen mußten sich durch Erfahrung davon überzeugen, daß der alte bürgerliche Parlamentarismus sich überlebt hat, daß er gar nicht vereinbar mit der Aufgabe der Vermittlung des Sozialismus, daß nicht allgemeine nationale, sondern nur die Klasseneinrichtungen (wie die Sowjets) fähig sind, den Widerstand der bestehenden Klassen zu besiegen und den Grund zur sozialistischen Gesellschaft zu legen. Jede Abgabe von der Vollständigkeit der Macht der Sowjets, von der durch das Volk erworbenen Sowjet-Republik zugunsten des bürgerlichen Parlamentarismus der verfassunggebenden Versammlung würde jetzt ein Schritt zum Zerfall der ganzen Oktober-Revolution der Arbeiter und Bauern sein. Die am 18. Januar eröffnete verfassunggebende Versammlung erachtete auf Grund der allen bekannten Umstände eine Mehrheit der Partei der rechten Sozial-Revolutionäre, der Partei der Kerenski, Anarchisten und Tschernom. Es ist klar, daß sich diese Partei weigerte, den vollkommen genauen, klaren, keinen falschen Auslegungen zulassenden Wortlaut des höchsten Organs der Sowjet-Macht, des zentralen Ausführungsausschusses der Sowjets, zur Behauptung anzunehmen und das Programm der Sowjet-Macht, die Deklaration des arbeitenden und ausgebeuteten Volkes, die Oktober-Revolution und die Sowjet-Macht anzuerkennen. Dadurch hat die verfassunggebende Versammlung jede Verbindung zwischen sich und der Sowjet-Republik Russlands abgebrochen. Der Weggang der Fraktionen der Bolschewiki und linken Sozial-Revolutionäre, welche zurzeit die größte Mehrheit im Sowjet darstellen, und der Vertreter der Mehrheit der Arbeiter- und Bauerngenossen aus der verfassunggebenden Versammlung war unabweislich. Die Partei der Mehrheit der verfassunggebenden Versammlung, die rechten Sozial-Revolutionäre und die Ministertischen führten einen offenen Kampf gegen die Sowjet-Macht, indem sie in ihren Organen zu deren Kränkung ansetzten, und schließlich betrautet, hierdurch den Widerstand der Ausbeuter gegen den Übergang des Landes und der Vorkämpfer in die Hände der Arbeitenden unterstützen. Es ist klar, daß der verfassunggebende Teil der verfassunggebenden Versammlung auf Grund davon nur eine Rolle des Scheiterns des Kampfes der bürgerlichen Gegenrevolution zur Erlangung der Macht der Sowjets spielen kann. Deshalb verfügt das Zentralamt der verfassunggebenden Versammlung aufzuheben.

Wir müssen schon sagen, daß uns diese Begründung des Verzichts des Zentralamtes nicht vollständig erscheint. Ein Drittel der Vertreter auf der Nationalversammlung waren doch Bolschewiki, also konnte doch in den Kreisen, wo sie gewählt waren, zwischen den rechten Sozial-Revolutionären, den Parteigängern der Bourgeoisie und den linken Parteigängern des Sozialismus entschieden werden. Warum nicht auch in den anderen Kreisen, wo doch die Sowjets die Macht hatten, Maßnahmen vornehmen zu lassen? Der Grund erscheint uns also hinlänglich. Mit dem Vorhaben der Bolschewiki gegen die Nationalversammlung in die Diktatur der Arbeiter- und Soldaten, also der bewaffneten roten Garde über Russland proklamieren. Wir wollen uns eines Urteils über dieses Vorhaben enthalten bis näher genügende informativische Nachrichten aus Russland vorliegen. Dann wird über sie man entscheiden, wenn man ein gerechtes Urteil über das, was sich jetzt im Osten abspielt, gewinnen will.

Wir verzeichnen noch folgende Meldungen:  
Berlin, 21. Januar. Die Petersburger Regierung bereitet folgenden Entwurf: Petersburg, den 19. Januar 1918. Schluß, am 18. Januar wurde die konstituierende Versammlung eröffnet. Die Versammlung erwählte den General Smolnow. Zum Vorsitzenden wurde Scherewitsch gewählt. General Smolnow trägt im Namen des zentralen Exekutivkomitees der konstituierenden Versammlung vor, die Macht der Räte und alle Dekrete, die vom Rat der Volksbeauftragten verabschiedet wurden, bis zur Auflösung der Versammlung der konstituierenden Versammlung zur Regierung der Räte auszuführen. Die Mitglieder der konstituierenden Versammlung, und zwar die der bolschewistischen Fraktion und der sozialrevolutionären Fraktion, verlegen den Sitzungsraum. Am Tage der Eröffnung der konstituierenden Versammlung fanden Verhandlungen der Soldaten statt. Die Arbeiter und Matrosen haben an den Verhandlungen nicht teilgenommen.

London, 21. Januar. Moskau meldet aus Petersburg vom 19. Januar: In der konstituierenden Versammlung verlas Smolnow die Erklärung der Arbeiterrechte. Diese verlangt, daß die russische Republik der Sowjets das Privilegium abgibt, das Eigentum der Arbeiter an ihrer Arbeit, den Arbeitsvertrag, einzuführen, daß die Arbeiter beschließen und die wichtigsten Fragen entscheiden werden, daß eine sozialistische Konvention gebildet wird und die Arbeiter für unerschütterlich erklärt werden. Die Erklärung schließt damit, daß die Räte ausschließlich den Arbeitern und Sowjets gehört.

Matrosen mit Gewehr und Bajonett bewaffnet standen in den Gängen, zwei Feldgeschütze waren am Eingang aufgestellt. Die konstituierende Versammlung beschloß mit 278 gegen 140 Stimmen die Beratung der Erklärung des Arbeiterrechts zu vertagen. Daraufhin verließen die Bolschewiki und linksstehenden Sozial-Revolutionäre den Saal. Die zurückbleibenden Sozial-Revolutionäre der Rechten nahmen trotz der Drohungen der bewaffneten Matrosen in aller Eile ihre Maßnahmen betr. Grund und Boden sowie den Vorschlag an, an die Kriegsführenden Abordnungen zu scheitern.

Von der italienischen Grenze, 21. Januar. In Petersburg lobt nach einem Drahtbericht des „Corriere della Sera“ wieder der Bürgerkrieg. In verschiedenen Stadtvierteln begannen am Freitag die Straßenkämpfe zwischen bewaffneten Bürgern und den Truppen der Roten Garde. In verschiedenen Stellen wurden Barrikaden errichtet. Zur Unterstützung der Regierung hat Lenin über 2000 Matrosen von Kronstadt herangezogen, die an den Kämpfen teilnehmen. Zahlreiche revolutionäre sozialistische Führer wurden verhaftet, darunter Argunow, ein Mitglied der Konstituante. Für die noch bevorstehenden entscheidenden Kämpfe erklärte die revolutionären Sozialisten, sie könnten bestimmt auf die Unterstützung einiger Regimenter aus Petersburg rechnen. — Der sozialistische „Dien“ mußte sein Erscheinen wieder einstellen. Die Redakteure wurden verhaftet.

Petersburg, 21. Januar. Der Marine-Revolutionärs-Ausschuss wurde gebildet. Die Ordnung der Stadt wurde durch die Matrosen und Soldaten der Roten Garde aufrechterhalten. Der Führer der politischen Abteilung ist Rjischkow.

Rotterdam, 21. Januar. „Daily News“ meldet vom Sonnabend aus Petersburg, daß bei den Unruhen ungefähr 15 Menschen getötet und 100 verwundet wurden.

## Die Kriegslage.

### Die Heeresberichte.

Wien, 21. Januar, abends. (Austl.) Von den Kriegshandlungen nichts Neues.

Wien, 21. Januar. (Austl.) Keine besonderen Ereignisse.

## Frankreich und Belgien.

Ueber eine ernste Kammerdebatte in Paris berichteten wir gestern, ohne nähere Einzelheiten mitteilen zu können. Heute liegt nun folgender Bericht über die Sitzung vor: Nach einer Debatte des „Agence Havas“ erörterte die Kammer die Interpellation des Sozialisten Bonnet über die von der „Action Française“ geführte Wahlrechtsreform. Der Artikel des „Sciences“, die nach Artikel Bonnets gegen das Gesetz verstoßen und das Verbot der Republik herabsetzen. Der Abgeordnete Buglioni-Canti griff sozialistische Abgeordnete an. Der Minister des Innern antwortete auf die Interpellation, die Regierung werde sich mit aller Entschiedenheit gegen die wendenden, die zum Bürgerkrieg aufstiegen, und setzte auseinander, welche Maßnahmen die Regierung zur Überwachung der Wahlrechtsreform zu treffen gedenke. Sie brauche sich von niemandem etwas verschreiben zu lassen, soweit es sich um Freiheitskrieger gegenüber handle. Was der Staat an ihm, um die Lage der Soldaten zu verbessern, werde getan werden.

In weiteren Teilen der Debatte griff Buglioni-Canti ebenfalls die Sozialisten an, worauf der Präsident ihm das Wort entzog und die Sitzung für einige Minuten ansetzte. Nach Wiederöffnung der Sitzung nahm die Kammer die von der Regierung gebilligte Tagesordnung an, in der er heißt: Die Kammer billigt die Initiative der Kammer und andere auf der Bürgerkrieg abzielende Beschlüsse, die das Land vor dem Herbst zurück zu machen haben, bricht ihr Verbot zur Regierung aus, daß diese sie annehmen und die republikanischen Einrichtungen durch ihre Anwendung des Gesetzes schützen werde, und geht zur Tagesordnung über.

Clemenceau erklärte, daß er die Tagesordnung Billigt annehme, und sagte: Die Regierung ist entschlossen, alle unzulässigen Initiativen zu verwerfen, mögen sie nun honorigen oder monarchischen Art oder von einem Bürger herühren, das es einleuchtend ist, zu keinen persönlichen Vorzügen gegen die Republik Vorwürfen anzuhängen. Der Teil der Tagesordnung, der der Regierung das Verbot aussetzt, wurde mit 161 gegen ein Stimme angenommen.

Nach dem Bericht des „S. T.“ wurde mit 135 gegen 13 Stimmen das Wort „unzulässige Initiative“ in die Tagesordnung aufgenommen, doch auf den Wunsch der Regierung auch der Ausdruck „andere Initiative“ hinzugefügt. Clemenceau erklärte, daß er für die Verwerfung dieser Initiative sei. Schließlich wurde die Tagesordnung mit letztem Absatz mit 368 gegen 115 Stimmen angenommen. Die anderen Initiativen, auf die Clemenceaus Votum abging, sind die Verhandlungen für Beendigung des Krieges, die eines Tages mit Gewalt auch im französischen Volk hervorgerufen werden.

### Die Cailloux-Affäre.

Nach Informationen des „Sera“ bildet die Hauptrolle der Affäre auf Cailloux die Forderung von finanziellen Entschädigungen, die der ehemalige Minister werden könnte. Das französische Finanzgebäude sehe auf sehr trübem Fuß, und es habe eine heftige Debatte unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage stattgefunden. Die politischen Parteien in Frankreich hätten sich zum Teil einer beschleunigten Schlichtungsberatung schuldig gemacht, und eine engere Zusammenkunft habe nur durch Mittel der Verschleierung und Verzögerung der Zusammenkunft zu verzögern. In dieses ganze System sei jetzt wie ein Steinwurf die Affäre auf den russischen Staatsbankrott gefallen. Cailloux sei aber in der Lage, die Hauptrollen zu spielen. In größter Hast habe die Regierung jetzt politische Parteien aller Art in den nächsten Stunden abgerufen und sich nach neuen Krediten zu bemühen.

## England.

### Ein neue Rede Lloyd Georges.

Bei der Beratung der Delegierten der Trade Unions, die abgehalten wurde, um die Beschlüsse der Regierung in der Frage der Kampfmittel zu prüfen, hielt Lloyd George eine Rede an der Kampfmittel. Der Premierminister wurde mit Bezug auf die Kriegslage folgendes ausgesprochen: Die Alternative, so der wir haben, ist folgende: Entweder die nötigen Kampfmittel zu erhalten, oder es hat andere Mittel, als die George des militärischen Mittel, um es zu tun, wie es bereits in Österreich geschehen ist, oder die Verhandlungen immer wieder in die Zukunft zu schieben. Wenn wir nicht in der Lage sind, die deutschen Truppen zu besiegen, wird es nicht möglich sein, die deutschen Verhandlungen zu

genügenden Friedensbedingungen durchzuführen, die nicht von der Trade Unions verhindert wurden. Niemand werden die deutschen Verhandlungen geneigt sein, auch die mindesten Friedensbedingungen anzunehmen, die irgendein pazifistischer Redner unseres Landes aufstellt, wenn wir sie nicht dazu zwingen können. Der Redner erinnerte an die Formulierung der Kriegsziele, wie sie von ihm namens der Regierung und kurz darauf auch von Wilson dargelegt wurden. Wenn die Entente aber, fuhr Lloyd George fort, nicht instande ist, den jetzigen Machthabern in Deutschland die Stirn zu bieten, so werden diese morgen die ganze Welt beherrschen. Die englische und die französische, überhaupt die europäische Demokratie wird der Gnade einer militärischen Autokratie ausgeliefert sein, wie sie die Welt nur je gesehen hat. Die Deutschen werden Belgien niemals räumen, wenn sie nicht dazu gezwungen werden. Zum Schluß erklärte der Premierminister: Wenn jemand an meiner Stelle ein ehrenhaftes und annehmbares Mittel zu finden imstande ist, um ohne Kampf aus diesem Betriebe herauszukommen, so beschwöre ich ihn im Namen Gottes, mir dieses Mittel zu nennen. Meiner Ansicht nach gibt es nur eine Alternative: Entweder wir setzen den Kampf fort oder wir unterliegen.

In der weiteren Beratung der Trade Unions wurden, nachdem Lloyd George seine Rede beendet hatte, Fragen aufgestellt und von ihm beantwortet; so sagte er unter anderem: Die Deutschen waren immer bereit, zu dem von ihnen festgesetzten Preise Frieden zu schließen, aber das ist nicht der Preis, den wir zu zahlen bereit sind. Wir waren früher nicht bereit, ihn zu zahlen, und sind es auch heute nicht. In dem Augenblicke, wo die Deutschen Neigung zu Friedensverhandlungen unter billigen Bedingungen zeigen — die Bedingungen wurden mitgeteilt, es sind Bedingungen, welche die Arbeiterpartei selbst im weitestlichen angenommen hat — wird niemand widerstreben, in Friedensverhandlungen einzutreten. — Ein Delegierter fragte, ob nicht der beste Weg, die Meinung des deutschen Volkes zu erfahren, wäre, zu gestatten, daß Vertreter Deutschlands mit Vertretern anderer Mächte in Stockholm oder anderswo zusammenkommen. — Lloyd George antwortete: Die Vertreter des deutschen Volkes würden natürlich von der deutschen Regierung bestimmt werden. Man könne nur mit einer Regierung Frieden schließen. — In Beantwortung einer Frage betr. eine internationale Arbeiterkonferenz sagte Lloyd George: Ich habe bereits die Einwände gegen eine solche Konferenz im Unterhause mitgeteilt. Nach langer, sorgfältiger und reiflicher Überlegung sind die verschiedenen Länder einstimmt zu dem Schluß gekommen, daß alle Verhandlungen, die geführt werden, zwischen den Vertretern der Regierungen jedes Landes geführt werden müssen. Das ist die Ansicht Wilsons, der die größte Demokratie der Welt vertritt, der französischen Demokratie, Italiens und unsere eigene Ansicht. In Hinblick auf die Frage, welche Bedingungen die notwendigen Vorbedingungen zu einer Friedenskonferenz seien, antwortete Lloyd George: Meine eigene persönliche Ansicht ist, daß es nicht wünschenswert wäre, in Friedensverhandlungen einzutreten, bis man sieht, daß man sie mit befriedigendem Ergebnis beenden kann. Ich bin fest überzeugt, nach der Haltung, die die Führer der deutschen Regierung einnehmen, daß es zu keinem Ergebnis führen kann, das irgendwie einen gerechten Verständigung ähnlich wäre, wenn man mit Friedensverhandlungen begänne. Man würde in diesem Falle die Lage verschlimmern, statt sie zu bessern.

Das Letztere sind nur Nebensachen, auf die man nicht weiter einzugehen braucht. Wie man aber sieht, gehen die gegnerischen Staatsmänner immer noch mit Erfolg treiben mit der Behauptung, daß Deutschland Belgien nicht wieder herausgeben wolle. Da ist es an der Zeit, daß die deutsche Regierung nun klipp und klar sagt, daß sie, wie das ja auch in der von ihr gebilligten Reichstagsentscheidung vom 19. Juli 1917 liegt, Belgien und Nordfrankreich nicht annehmen will. Rede sie einmal klar und deutlich und den gegnerischen Staatsmännern ist ein weiteres Heft aus der Hand geschlagen.

### Snawden über Lloyd George.

Der sozialistische Friedensfreund Philipp Snawden erklärte dem Londoner Vertreter von „Manchester Guardian“: Die genaue Lesung des vollständigen Textes der Rede Lloyd Georges hätte keinen allgemeinen günstigen Eindruck bestätigt. Sie bilde allerdings nicht eine unüberwindliche Grundlage, auf die der Friede aufzubauen wäre, Deutschland könnte an mancher Stelle Ursache finden, auf Gegenseitigkeit zu drängen, wie bezüglich Kolonialfragen. Die Rede sei gewiß einseitig, aber man bedenke vor allem, daß es sich um Bedingungen der Alliierten handelt. Man könne von dem britischen Vorschlag nicht verlangen, daß er gleichzeitig auf schon die deutsche Antwort enthalte. Die Rede solle vielmehr betrachtet werden als ein Anteil, den Großbritannien in die allgemeine Verhandlungsstelle zu werfen gedenke. In solchem Sinne aufgefaßt, stelle sie einen großen Fortschritt dar, verglichen mit früheren Reden. In großen Konturen bietet sie Gelegenheit, die Verhandlungen anzufangen. Die Hauptdifferenzen zwischen den britischen Bedingungen und dem, was wir von den Bedingungen der Zentralmächte wissen, könnten durch Besprechungen erledigt werden. Die ganze Rede weise darauf hin, daß Lloyd George sich durch keine bestimmte Forderung unerschütterlich verbinden will, er setze vielmehr nur Wünsche und Wünsche Nebensachen sowie territoriale Forderungen mit jenen allgemeinen Zielen in Beziehung zu setzen. Bedeutungslos sei, daß die Rede über die Notwendigkeit des militärischen Sieges schweige und eine vollständige Ablehnung der Knox-Dut-Politik bedeute.

## Der Seekrieg.

### Das U-Boot-Resultat im Dezember.

Berlin, 21. Januar. (Austl.) Durch kriegertische Maßnahmen der Mittelmächte sind im Monat Dezember 1917 insgesamt 702 048 Brutto-Registertonnen des für unsere Feinde nutzbaren Handelschiffes verloren vernichtet worden. Damit erhöhen sich die bisherigen Erfolge des uneingeschränkten U-Boot-Krieges auf 8 558 000 Brutto-Registertonnen. Der Chef des Admiralstabes der Marine:

## Die Lübecker Bürgerchaft

trat gestern zu einer Sitzung zusammen. Vor Eintritt in die Tagesordnung bringt Herr, der nach keiner Angabe gar zu gerne von den Intelligenzen in der Metropole“ profitieren möchte, Klagen darüber vor, daß die Straßenbahn nach Altona und Schlutup abends spät nicht mehr fahre. Da er sich hierbei auch auf die Bürgerchaftsungen bezogen hatte, wachte er sich von A. B. a. p. e. lassen lassen, daß er doch als auf dem Lande wohnendes Bürgerchaftsmittglied Dörten beziehe. Er wachte sich eben damit etatschen. Thiele unterstützt die in der Sache natürlich durchaus zutreffende Beschwerde heute, die leider in den Verhältnissen begründet liegt. Beim ersten Punkt der Tagesordnung:

Erörterung einer Oberkontrollstelle und einer Zollaußenstelle  
Demangelt Klein die scharfe grundsätzliche Ablehnung des Senats auf das Ersuchen der Beamten um Steuerfreiheit der Steuerzuschläge. Die Beamten seien durch den Krieg um 20 Jahre in ihrer Lebenslage zurückgeworfen worden. Die Steuerbehalten hätten ihre Löhne gegen die Friedens-



zeit verdoppelt. — Den Beweis für diese Behauptung blieb Herr Klein allerdings schuldig.

Genosse Hoff weist gegenüber diesen Ausführungen darauf hin, daß nicht nur die Beamten, sondern auch die Arbeiter schwer unter der Steuerung zu leiden haben. Von einer Verdoppelung der Arbeiterlöhne könne gar keine Rede sein, das verhindern schon neben anderen Umständen der Zwang, der durch das Hilfsdienstgesetz auf die Arbeiter ausgeübt werde. Eine Reihe von Arbeitervereinen haben Lohnverbesserungen erhalten, das sei doch auch nichts anderes als eine Steuerungszulage. Dagegen seien die Staats- und Gemeindebeamten keine Lohnverbesserungen, sondern Steuerungszulagen gewährt worden. Wollte man die Steuerungszulagen der Beamten steuerfrei lassen, wogegen er sich nicht aussprechen wolle, dann müsse das natürlich auch bei den Zulagen der Arbeiter und Privatbeamten, einerlei, in welcher Form sie gewährt werden, geschehen. Notwendig sei es allerdings, daß das Steuerwesen einer Revision unterzogen werde; hier müsse also zunächst der Hebel angegriffen werden. Bei den heutigen gesetzlichen Bestimmungen könne die Steuerbehörde nicht anders entscheiden. Im übrigen weist Redner gegenüber Klein darauf hin, daß die Beamten doch gegenüber den Arbeitern insofern in einer besseren Lage sind, als ihr heutiges Einkommen verhältnismäßig nach dem Kriege nicht herabgesetzt werde, während sich die Arbeiter jetzt schon mit der Frage beschäftigen, wie sie die „hohen“ Löhne der Arbeiter nach dem Kriege herabsetzen können.

#### Der Senatsantrag findet Annahme.

**Einführung der Amtsbezeichnung „Rektor“.**  
A. Bape ist gegen die Senatsvorlage. Die sogenannten deutsche Vaterlandspartei sei gegründet worden, um das Deutschtum zu fördern. Hier aber wolle man einen Ausdrucks, der sehr gut deutsch ausgedrückt werden kann. Redner beantragt, den Hauptlehrern den Titel „Schulinspektor“ anstatt „Rektor“ zu verleihen. Warum ändere man denn den Titel „Hauptpastor“ nicht in Superintendent um. Das wäre doch die logische Konsequenz des Senatsantrages. Die Herren Hauptlehrer hätten mit uns einen Verzichtfrieden geschlossen.

**Ziele, Ubers und Niemann sprechen für den Antrag, desgleichen der ständige Senatskommissar Schöber und Gust Bittin, dem Schlachthofdirektor den Titel „Veterinärarzt“ zu verleihen.**

Der Senatsantrag findet Annahme, der Antrag Bape wird abgelehnt.

Die Hauptlehrer sind also jetzt keine Hauptlehrer mehr, sondern Direktoren.

**Wanderung des Abschnitts I des Unterrichtsgesetzes vom 17. Oktober 1885, Erlaß eines Nachtrages zu dem Gesetze vom 30. Juni 1916, betreffend die Umgestaltung der Gewerbeschulen, Anstellung eines Schulinspektors und Wanderung der Gehaltsverhältnisse des Schulrats.**

Diese Vorlage betrifft die gestern von uns besprochene Senatsvorlage. Unsere Leser sind also im Bilde.

Senator Kulenkamp gibt zunächst einen kurzen informierenden Überblick über diese Vorlage, die er mit Recht als ersten Schritt zur Umgestaltung des gesamten Unterrichtsgesetzes bezeichnet. Das ganze Gesetz sei reformbedürftig.

Prof. Dr. Grube erklärt die große Bedeutung dieser Vorlage an, kann sich aber mit so manchem Punkt derselben nicht recht einverstanden erklären. Während der Senat in seiner ursprünglichen Vorlage beinahe nach preussischem Geiste die starke Schulaufsicht einführen wollte, habe die Kommission des Bürgerausschusses einen freiergeleiteten Geist in dieselbe hineingebracht. Sie wende sich gegen die Übertragung der gesamten Schulaufsicht auf den Schulrat, gegen die Anstellung eines Schulinspektors, trat aber für die Errichtung von Schulkammern ein. Der Bürgerausschuß sei in dem letzten Punkte der Kommission gefolgt. Man würde sich heute wohl mit der Übertragung der gesamten Schulaufsicht auf den Schulrat einverstanden erklären müssen; er wünschenswürdig nach dieser Richtung hin keine Änderungsanträge stellen.

Dr. Ziehl bemängelt mit vollem Recht, daß diese Vorlage durch die Oberschulbehörde auf die lange Bank geschoben worden sei. Eine solche Art der Geschäftsführung durch den Senat fordere zum Protest heraus. Redner betrachtet die Vorlage mit einem nassen und einem trockenen Auge. Die Stellung des Schulrats müsse gehoben werden und er empfehle, ihm auch beschließende Stimme in der Oberschulbehörde zu geben. Bezeichnend sei es, daß vor Jahren ein Direktor einer hiesigen höheren Schule mit seinem Fortgange gedroht habe, wenn man ihn dem Schulrat unterstelle. Leider habe man jetzt wieder nicht die nötige Zeit, um die Vorlage in aller Ruhe durchzuberaten, da sie ja am 1. April bereits in Kraft treten solle. Es sei das die Schuld des Senats. Die größten Bedenken habe er gegen die Schulkammern. Sie seien ein Fremdkörper in unserer ganzen Verfassung. Insbesondere müsse er sich dagegen wenden, daß der Oberschulbehörde sechs beratende Kräfte beigeordnet werden sollten. Der Bürgerausschuß sei hier einseitig und damit nicht gut orientiert gewesen.

Genosse Stelling wendet sich ebenfalls scharf gegen die Verschleppung der Vorlage durch den Senat. Zustimmung könne er der Ansicht des Senators Dr. Kulenkamp, daß das ganze Unterrichtsgesetz reformbedürftig sei. Und man hätte erwarten sollen, daß auch in Lübeck recht, wie in Hamburg, Oldenburg, Berlin usw. Anträge auf eine Renovierung im gesamten Schulwesen gekommen wären. Die Blüte der Nation sei auf den blutgetränkten Schlachtfeldern vernichtet; mit ihr seien unzählige Intelligenzen verloren gegangen. Jetzt gelte es, hierin Erfolg zu schaffen. Da solle man mit dem Bildungsprivileg brechen und jedem Tüchtigen die Bahn ebnen zum Aufstieg. Alle Teile des Volkes müßten herangezogen werden. Nicht der Gehalt der Eltern dürfe maßgebend sein für die Bildungsmöglichkeit des Kindes, sondern die Begabung des letzteren. Mit Freistellen erreiche man hier nichts; man müsse jedem begabten Kinde ein Anrecht auf die weitgehendste Bildungsmöglichkeit geben. Hier sollte auch Lübeck schrittweise etwas unternehmen. Der erste Schritt müsse baldtätig getan werden; nach seiner festen Überzeugung müßte und würde er sich in der Richtung auf dem Wege zur Einheitschule bewegen. — Der Erweiterung der Kompetenzen des Schulrats müsse man zustimmen und damit einen bisher bestehenden unakzeptablen Zustand beseitigen. Redner ist auch für die Verleihung des Stimmrechts an den Schulrat. Wenn man auch gegen den Schulinspektor mancherlei gewichtige Bedenken hegen könne, so würden seine Freunde der Anstellung zustimmen, weil sie hoffen, daß das im Interesse des Volks- und Mittelschulwesens liege. Bedingung sei allerdings, daß man hier keinen Bureaucraten, sondern einen geistigen Förderer und Anreger auf dem Gebiete des Volksschulwesens bekomme. Zu begrüßen sei die geplante Errichtung der Schulkammern; sie seien ein notwendiges Bindeglied zwischen Lehrerschaft und Oberschulbehörde. Sollen sie allerdings ihren Zweck erfüllen, dann müsse man ihnen auch das Recht der Wahl der Beigeordneten zur Oberschulbehörde einräumen und wolle das Verlangen des Senats, diese Beigeordneten nach ihrem Geschlecht einteilen zu wollen, auf das schärfste bekämpfen. Redner ist froh in der Erwartung, daß die Bürgererschaft in dieser Frage dem Bürgerausschuß folge und so etwas schaffe, was dem Schulwesen zum Segen gereiche.

Prof. Dr. Grube wünscht in Konsequenz der Ausführungen von Dr. Ziehl und Stelling auch die Verleihung des Stimmrechts an die übrigen Beigeordneten der Oberschulbehörde (Direktoren, Hauptlehrer und Lehrer).

Senator Dr. Kulenkamp hat gegen die Verleihung des Stimmrechts an den Schulrat nichts einzuwenden.

Zu dem Zeitpunkt als ersten Schritt zu der von Stelling gewünschten Einführung der Einheitschule die Vereinfachung der Verwaltung. Deshalb sei die gewünschte Verbesserung der Stellung des Schulrats notwendig. Er wendet sich so dann gegen die Anstellung eines Schulinspektors und spricht für die Erhebung der Anstellung der Beigeordneten des Stimmrechts an die der Oberschulbehörde beigeordneten Lehrer usw.

Dem ist war die Generaldebatte eröffnet.

## Der amtliche Kriegsbericht.

WZ. Großes Hauptquartier, 22. Janr. (Amtlich).  
Wöchlicher Kriegsjahresplan.

**Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht**  
Ostlich von Upernivik war die Kampftätigkeit der Artillerien am Tage und zu einzelnen Nachtstunden lebhaft.

In kleinen Abteilungen versuchte der Engländer vergeblich an mehreren Stellen in Flandern in unsere Kampfzone einzudringen. In der übrigen Front blieb die Geschäftstätigkeit gering.

**Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.**  
In den Argonnen nördlich von Le Four de Paris stießen französische Kompagnien nach tagelanger anhaltender Artilleriewirkung am Abend unsere Stellungen vor. Sie wurden durch Feuer und im Nachhinein abgewiesen. Auf dem westlichen Maas-Ufer und in der Gegend von Fleury lebte das Artilleriefeld zeitweilig auf.

**Westlicher Kriegsjahresplan.**  
Nichts Neues.

An der Mazedonischen und Italienischen Front ist die Lage unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister.  
Ludendorff.

rat angenommen, ebenso der Antrag auf Anstellung eines Schulinspektors.

Da eine ganze Reihe Änderungsanträge zu den Schulkammern und zur Umgestaltung der Oberschulbehörde gestellt sind, wird von Dr. v. Broden wegen dieser Punkte Kommissionsberatung beantragt. Genosse Stelling bekämpft wiederholt diesen Antrag, der nur eine weitere Verschleppung bedeute. Auch Senator Dr. Kulenkamp spricht dagegen. Schließlich wird ein Antrag des Schulrats auf Vertagung angenommen.

Es wäre außerordentlich bedauerlich, wenn die Verschleppungsabsichten der Schulreaktionäre in der nächsten Sitzung von der Mehrheit der Bürgererschaft geteilt und die wenigen Fortschritte, die die Vorlage in den Schulkammern und der Erweiterung der Oberschulbehörde bringt, dadurch illusorisch gemacht würden. Denn eine Kommissionsberatung bedeutet nichts anderes als eine Verschleppung auf lange Zeit. Hoffentlich macht die Bürgererschaft in ihrer nächsten Sitzung einen klaren Strich durch diese Rechnung.

## Mus Lübeck und den Nachbargebieten.

Dienstag, 22. Januar.

### Die hiesigen Vaterlandsparteiler

Gaben sich am Jahrestage der Reichsgründung ein Stelldichein. Trotzdem sich der Kreis der Geladenen nicht einmal auf die Mitglieder der Vaterlandspartei beschränkte, war der Besuch ein klägliches, insbesondere, wenn man bedenkt, daß die Vaterlandsparteiler immer die Behauptung aufstellen, die große Masse des Volkes stünde hinter ihnen. Wie es damit aussieht, zeigte diese Veranstaltung, in der die tapferen Kämpfer Pastor Lütge und Fabrikant Heinrich Thiel ihre amegionistischen Ideen entwickelten. Beide wetterten natürlich gegen den Verständigungsfrieden und Heinrich Thiel hat sich sogar stauend an den Kopf gegriffen, als er von dem Rufe des Reichstages nach einem Verständigungsfrieden hörte. Wir haben die heilige Aufgabe, im Osten unsere evangelischen Brüder nicht zu verlassen. Und im Westen haben wir die holländische Küste, die große Insel von Emden, die Ostsee, die Nordsee, die hiesigen Küste müssen wir haben! Ja, will denn der Amerikanismus jemand glauben machen, daß diese Gebiete uns von den hiesigen Besitzern freiwillig geschenkt werden? Da er das selbst nicht glaubt, so muß er doch ausgeben, daß Deutschland sich diese Länderstücke also durch gewalttätige Annexionen angliedern muß, wenn es sie haben will. Daß aber die Erfüllung dieser Forderung die Fortsetzung des entsetzlichen Elends, das dieser Krieg bereits im Gefolge gehabt hat, auf lange Zeit bedeutet, das verschweigen die Herren Vaterlandsparteiler wohlweislich. Wer von diesem Jammer und Elend noch nicht genug hat, der mag selbst die Klinte auf den Fudel nehmen und mit feinesgleichen für diese Ziele kämpfen. Die übergroße Mehrheit unserer Feldgrauen und des Volkes lehnt das entschieden ab.

„Dann lasse ich mich streichen!“

Die Bergarbeiterzeitung schreibt: „Das ist eine bekannnte Redensart. Wenn es dem einen oder anderen einmal nicht nach Willen geht, dann heißt es sehr oft gleich: „Dann lasse ich mich streichen!“ Als ob dadurch irgend etwas geändert, gebessert oder erreicht werden könnte! Diese Redensart zeugt vielmehr nur von einem großen Mangel an Ernst und Einsicht. Unser Verband ist doch nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck der Selbsterhaltung. Und daß er diesen Zweck erfüllt, sollte nachgerade jeder Bergmann wissen. Wie stände es um die Bergarbeiter, wenn unser Verband nicht wäre? Wie kann man da sagen: dann lasse ich mich streichen!? Darin liegt eine Drohung, die im Grunde genommen doch lediglich sich gegen die eigene Selbsterhaltung richtet. Das ist unlogisch einseitig.“

Wer nicht als gedankenloser Einfaltspinsel gelten will, unterlasse darum diese mehr als einseitige Redensarten. Die Zeit ist ernst und schwer. Dunkel liegt die Zukunft vor uns. Da brauchen wir Männer und keine gedankenlosen Einfaltspinsel. Männer müssen alle werden, die sich schämen, ein so unglücklich einseitig und gedankenlos Redensart auszusprechen. Männer brauchen wir, die wissen, was sie wollen, die sich von ihrem Verstande und nicht von ihren wechselnden Gefühlen und Launen leiten lassen.“

Das, was hier auf die gewerkschaftliche Organisation gesagt ist, trifft in erhöhtem Maße auch auf die politische Organisation zu. Wenn irgend etwas nicht nach Wunsch geht, der macht die Partei verantwortlich. Wieviele erklärten nicht schon ihren Austritt aus der Partei, weil sie mit irgend einem Funktionär einmal persönliche Differenzen hatten. Und die Zukunftsaussichten sind doch wahrhaftig dazu angetan, daß auch der letzte Arbeiter Mitglied des Sozialdemokratischen Vereines werden müsse. Anstatt das gedankenlose „dann lasse ich mich streichen!“ zu schwören, sollte jeder neue Mitglied werden.

Wo bleiben die Fische?

Durch die Blätter sind in diesen Wochen mehrfach Nachrichten gegangen, die von großen Fischfängen erzählen. Da nun aber die nach allem Erhabenen schätzbarsten Verbrauch an keinem Fischladen von dem Segen des Meeres etwas zu entdecken, geschweige denn in ihre Küche heimzutragen vermöchten, irrgang die Frage auf: Wo bleiben die Fische? Und diese Frage verlangt gebieterisch eine Antwort, denn hungrigen Leuten von großen Fischreichtum erzählen und ihnen nicht davon geben, ist nicht nur ein Verbrechen, sondern eine Unsitte.

So hat kürzlich ein Vertreter des Kriegsernährungsamts, Herr von Ullrich, in Hamburg in einer Konferenz erzählt: Es würden 43 Prozent des Friedensfanges an Fischen auch jetzt noch gefangen. Wäre das wahr, so müßten doch irgend einmal Fische zu sehen sein. Aber es ist nicht richtig. Die 43 Prozent, die gefangen sind, sind vom Anteil gerechnet, der auf den Fang in der Ostsee entfiel. Die Nordsee kann zurzeit — abgesehen von unbedeutenden Möglichkeiten — überhaupt nicht befishet werden. Der Fang in der Nordsee fällt also ganz fort. Weiter fällt fort der große Import frischer Fische aus Schweden, Norwegen und vor allem aus Dänemark, den wir im Frieden hatten. So bleiben statt 43 Prozent vielleicht kaum 10 Prozent des Fischvorrats, den wir im Frieden zur Verfügung hatten. Das soll man doch offen sagen und in der Bevölkerung keine falschen Hoffnungen erwecken.

Daß wir auch von dem kleinen Rest, der verbleibt, immerhin wenig zu sehen bekommen, liegt an verschiedenen Gründen. Die Ostseefische verhalten teilweise die Fische zu hohen Preisen im Schleißhandel; vor allem an Verkäufer für Restaurants. Um das zu ermöglichen und nicht beim Bahnversand unterbietet zu werden, werden z. B. von Eckernförde, Kiel mittels Fuhrwerks die Fische nach Hamburg gebracht und hier unter der Hand umgelegt. Von der winzigen Menge, die schließlich dem Reichsfischkommissar in die Hände fällt, wird dann das ganze Deutschland verjagt. So lesen wir z. B. in der „Münchener Post“, daß dort Kabeljau, das Pfund zu 1,50 Mk. am Markt war. Aber es waren Fische von 8 bis 10 Pfund das Stück. Zerteilen wollte man sie nicht, sondern sie sollten im Ganzen verkauft werden, was in der Bevölkerung eine ungeheure Verbitterung erregte. Und so ungewöhnlich wie in München ist die ganze Fischverteilung im Reich. Gegenüber, die die frischen Seefisch gekaut haben, bekommen jetzt Fische, und der Wasserante, die an Fischmehl gewöhnt ist, wird er entzogen.

Sehr starke Uebertreibungen haben auswärtige Blätter sich bezüglich des Heringsfanges in diesen Tagen zusehender kommen lassen. Es wurde da von einem großen Heringslegen gesprochen. Nichts ist davon bis zum heutigen Tage wahr. Die ersten Fänge in der Ostsee haben ganz wenig Risten gebracht. In der Nordsee ist noch gar nichts gefischt. Aber es sind große Heringswärme eingetroffen. Alles ist getan, um so viel davon zu fangen, wie nur irgend möglich ist. Das Treiben hindert leider den Fang zurzeit völlig. Verschwindet das Treiben früher als die Heringswärme, so werden wir große Mengen grüner Heringe erwarten dürfen. Sonst nicht.

Wir halten es, wie oben schon gesagt, für durchaus verkehrt, durch falsche oder übertriebene Nachrichten, die Hoffnungen auf begehrte Nahrungsmittel erwecken sollen, die Bevölkerung über ihre schlimme Lage trösten zu wollen. Hoffnungen können gewiß trösten, das steht man daran, wie jetzt die Hoffnung auf Frieden wirkt. Aber ewig enttäuschte Hoffnungen verbittern nur.

### Die Kriegerversicherungskasse der Volksfürsorge

ist trotz der langen Dauer des Krieges eine außerordentlich günstige Versicherungsgesellschaft für alle Kriegsteilnehmer und ihre Familien, und ihre Bedeutung ist bei der jetzigen Kriegslage noch wesentlich gestiegen. Die Franzosen selbst rechnen nach den letzten Berichten mit einer zur Entschädigung drängenden äußersten Kraftanstrengung der deutschen Heeresleitung, um die bei den Ententeleistungen noch vorhandenen Hindernisse für einen Frieden zu brechen. Das bedeutet das Einsetzen von Millionen noch gesunder Kriegsteilnehmer, es bedeutet aber leider den Verlust eines Teiles dieses ungeheuren Einflusses. Viele dieser Kriegsteilnehmer werden der Arbeiterklasse angehören und werden unverlorente Witwen und Kinder zurücklassen. In deren Interesse liegt eine Versicherung bei der Kriegerversicherungskasse der Volksfürsorge.

Bei dieser Kasse waren bis zum Schluß des Jahres 1917 für 58 889 Kriegsteilnehmer 90 000 Anteilsscheine gelöst und dafür 450 000 Mk. eingezahlt worden. Bis zu diesem Termin waren 1914 Kriegsteilnehmer, für die 3793 Anteilsscheine gelöst waren, als gefallen oder gestorben gemeldet, so daß also bis jetzt immer noch mit der Auszahlung von etwas über 100 Mk. auf einen Anteilsschein gerechnet werden kann. Die auf den einzelnen Anteil fallende Quote wird bei der Volksfürsorge-Kriegerversicherungskasse etwas begünstigt durch die Tatsache, daß durch zahlreiche Kollektivversicherungen durch Vereine und Gewerkschaften viel ältere Kriegsteilnehmer vererbt wurden, die etwas weniger den Schlachtopfern gefährdet sind.

Millionen von Kriegsteilnehmern aus der Arbeiterklasse, für die keine Anteilsscheine bis jetzt gelöst wurden, sind in den nächsten Monaten noch großen Lebensgefahren ausgesetzt; für sie können noch Anteilsscheine zum Preise von je 5 Mk. erworben und ihren Familien dadurch beim eintretenden Tod eine finanzielle Hilfe gesichert werden.

Da die ganze Summe erst nach Friedensschluß unter den Hinterbliebenen der gefallenen Versicherten zur Verteilung gelangt, können die Familien sofort im Todesfalle den fünffachen Betrag der Einzahlung als Vorkauszahlung erhalten. So wurden bis jetzt in 588 Fällen insgesamt für 1245 Anteilsscheine 31 110 Mk. als Vorauszahlung von den betroffenen Familien erhoben.

Die Zahl der Versicherten ist im Verhältnis zur Zahl der in die Millionen gehenden Ausmarschiereten sehr gering. Die Gefahren des Krieges sind aber für viele Millionen noch sehr groß, es ist deshalb sehr berechtigt, immer wieder den Kriegsteilnehmern und ihren Angehörigen ins Gedächtnis zu rufen: Versichert euch bei der Volksfürsorge-Kriegerversicherungskasse — das ist praktische Kriegshilfe!

Statistischer Monatsbericht über die Stadt Lübeck im Monat Dezember 1917. Die natürliche Bevölkerungsbewegung war im abgelaufenen Monat folgende (die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf das Vorjahr): es betrug die Zahl der Geburten 60 (54), Geburten 92 (121), Sterbefälle 175 (187). Die Geburten nahmen gegen das Vorjahr um 6 zu, die Geburten um 29 und die Sterbefälle um 12 ab, es ergab sich also ein Rückgang der Bevölkerung um 83 (66) Köpfe. Unter den Geborenen waren 14 oder 15,2 (21 oder 17,4) Prozent unehelich und 2 oder 2,2 (7 oder 5,8) Prozent tot. Das Alter der Gestorbenen betrug in 13 (14) Fällen unter 1 Jahr und in 43 (58) Fällen 70 Jahre. Todesursache war in 34 Fällen Lungenerkrankung, Influenza und andere Krankheiten der Atmungsorgane, in 29 Fällen Krankheiten der Kreislauforgane, in 25 Fällen Tuberkulose. Insektenbisse und Krankheiten erlagen 6 Personen, und zwar starben je 2 an Diphtherie, Typhus und Ruhr. Außerordentlich häufige Krankheiten wurden 155 gemeldet, 131 mal Diphtherie (darunter 24 Soldaten), 10 mal Scharlach, 6 mal Ruhr, 5 mal Typhus, 2 mal Pocken und 1 mal Malaria (Soldat). Gewalttätigen Todeserben erlitten 7 Personen und zwar 4 durch Selbstmord und 3 durch Verunglückung. Unter den Gestorbenen waren 18 Kriegsteilnehmer.

Unberechtigte Extra-Gewinne werden jetzt vielfach, wie der Kriegsausgang für Konsumenteninteressen festgestellt hat, im Hochhandel gesucht; sie werden dadurch erzielt, daß ältere Bekannte gangbarer Blätter, deren Neuausgaben wegen der stark gestiegenen Papier-, Zirkus-, Farb-, Öl-, Kohlen- usw. Preise und der Lohnveränderungen mit Preisausschlägen herauskommen, zu den für diese neuen Auflagen zu Recht bestehenden höheren Preisen verkauft werden. Ganz besonders verwerflich ist dieser Preiswucher bei den für die breiten Schichten der Bevölkerung bestimmten Büchern und Musikalien. Z. B. kosten die bekannten Nummern der Miniatur-Bibliothek jetzt 10 Bfg., jetzt 15 Bfg., die Sämt-Musikalien und Kellam-Bändchen statt 20 Bfg. nunmehr 25 resp. 30 Bfg. Da der Käufer der Buchhändler an jedem Bändchen dieser Volks-Ausgaben gesichert und deren Vertrieb ohne Risiko ist, muß es als ganz besonders verwerflich bezeichnet werden, wenn eine Sortimentsbuchhandlung durch Verschönerung älterer Bestände zu neuen höheren Einzelpreisen einen Extra-Gewinn von 33% bzw. 50 Prozent des neuen Ladenpreises einheimst. Ein anderes Beispiel: Ein Band aus der Geschichte des Sozialismus deutscher Reichsarchiv, 1910 von



druckt, kostet heute statt 1,25 Mk. 1,90 Mk. Davon berechnet der Buchhändler noch 10 Prozent Leertungszuschlag, so daß der Preis des Buches 2,20 Mk. hat, 1,25 Mk. beträgt, also ein durch nichts gerechtfertigter Nutzen von 76 Prozent.

Es bedarf vielleicht nur dieses Hinweis, den festorganisierten Verlagsbuchhandel zu einer Untersuchung dieses Anstos zu veranlassen. Bücher, Landkarten und Musikalien dieser Art gehören übrigens wohl zu den „Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfes“ und das Publikum sollte rücksichtslos solche Fälle zur Anzeige bringen; sie werden sich bei den meisten Druckerzeugnissen dieser Art leicht dadurch feststellen lassen, daß man prüft, ob das betreffende Heftchen noch den alten Preisdruck trägt, bzw. ob dieser etwa überflüssig, überflüssig oder sonst verändert ist. Vielfach wird schon durch die Prüfung des eingedruckten Erscheinungsjahres die Sache festzustellen sein.

**Juwelen- und Goldankaufswode.** Man schreibt uns: In dem in der gesamten Lübedischen Tagespresse veröffentlichten Aufruf der hiesigen Goldankaufsstelle ist bereits darauf hingewiesen worden, daß in den Tagen vom 27. Januar bis 2. Februar eine Juwelen- und Goldankaufswode stattfindet. In derselben Zeit wird auch in ganz Schleswig-Holstein und Hamburg in besonders eindringlicher Weise dafür geworben, das Gold dem Vaterlande zuzuführen, das heute noch in der Form von Goldschmuck aufbewahrt wird. Daß auch in Lübeck noch viel Gold fest, darüber sind sich alle kamerzhändigen Beurteiler klar. In die beteiligten Kreise wendet sich der Aufruf, und man kann nur die Hoffnung aussprechen, daß alle sich ihrer vaterländischen Pflicht wohl bewußt werden. Der Ankauf erstreckt sich auch auf Juwelen, die im neutralen Ausland gegen den vom Verkäufer festgesetzten Mindestpreis abgesetzt werden, um dadurch unsere Saluta zu stärken. Daß in der weitaus größten Zahl der Fälle mehr erzielt als gefordert wurde, darauf ist hier schon mehrfach hingewiesen worden. Erstreckt sich aber auch auf Lübeds Frauen wieder in den Dienst der guten Sache gestellt. Bereits von Mitte der Woche ab wird in diesen Häusern von Frauen und jungen Mädchen auf die Bedeutung der Juwelen- und Goldankaufswode aufmerksam gemacht und für die Ablieferung der Schmuckstücke geworben werden. Freundlicher Auskünfte dürfen die ortsüblichen Helferinnen gewiß gewärtig sein. Wie überall, wo Goldankaufswoden einmündlich werden, wird auch hier für die Ablieferung eine Prämienverlosung veranstaltet. Auf Einzelheiten wird an dieser Stelle demnächst eingegangen werden.

**Gegen die Bestimmungen über die Portofreiheiten im Selbstverkehr** wird noch immer häufig aus Unkenntnis oder Fahrlässigkeit verfahren. Die Gebührenvorschriften werden nur in Tripotandangelegenheiten der Heeresangehörigen selbst gemacht, nicht aber, wenn weder Absender noch Empfänger Heeresangehörige sind. Es ist daher auch unzulässig, daß Militärpersonen vom Postamt ausgehende Sendungen mit dem Vermerk „Heeresbesitz“ versehen, auch dann, wenn sie selbst keine Postsendungen abgeben. Ebenso ist es unzulässig, daß Heeresangehörige auf den von ihnen selbst ausgehenden Sendungen an Nicht-Heeresangehörige durch andere Personen, die auf Postverpflichtungen keinen Anspruch haben, Güter oder persönliche Mitteilungen einschließen lassen. Verstöße gegen diese Bestimmungen werden wegen Posthinterziehung strafrechtlich verfolgt.

**Die grüne Brennstoffkarte.** Nach befristeter Bekanntmachung wird am 23. Januar die grüne Brennstoffkarte F verwendbar während mit dem Ablauf des 23. Januar die Brennstoffkarte E ihre Gültigkeit verliert, soweit sie noch zu Bestellungen verwendet ist. Die Massenausgabe der neuen Brennstoffkarte erübrigt sich dieses Mal, weil die Karte F allen, die auf Erteilung der Karte E Anspruch hatten, zugleich mit dieser ausgeteilt worden ist und die neuerdings in die Erdbühne Versorgung einretternden Haushalte ihre Karte F durch Posten zugerechnet erhalten haben. Wer noch nicht im Besitze der ihm zukommenden Karte F sein sollte, muß sich diese unter Vorlegung des Lebensmittelausweises beim Hauswirtschaftsamt bei der Ortsstellenstelle ab-

holen.) Bei dem jetzigen Stande des Fuhrwesens in der Stadt muß aber der Bevölkerung dringend empfohlen werden, für die Beförderung ihrer Feurung ins Haus selbst besorgt zu sein.

**Sammlung von Kartoffelschalen.** Die Kriegs-Brotensammlung Lübeck will die Sammlung von Kartoffelschalen für Futterzwecke durch Frauen, das bisher nur in der Stadt geschah, auch auf die Vorstädte, und zwar zunächst auf die enger bebauten Teile der Vorstadt St. Lorenz und der Hüttenortvorstadt ausdehnen. Es wird gebeten, den Frauen, die sich durch Anbinden mit Aufdruck „Kriegsbrodensammlung“ ausweisen, die Kartoffelschalen zu übergeben. Gesammelt werden nur Kartoffelschalen und nicht auch sonstige Gemüsereste. Auch können nur reine Kartoffelschalen abgenommen werden, weil Beimischung von Mähe, Glas und ähnliche Verunreinigungen für das Vieh schädlich sind und keinen Tod herbeiführen können. Im Interesse der Futterverorgung Lübeds wird gebeten, die Befreiung der Kriegs-Brotensammlung allgemein nach Kräften zu unterstützen.

**Vortragsreisen der Oberaufsichtsbehörde.** Wegen zu starken Andranges zu den Vorträgen von Professor G. E. Pauls über Goethes Faust werden diese Vorträge wiederholt werden, und zwar am den Diensta-Abenden vom 29. Januar an. Alles Nähere ergeben die Inserate in den Zeitungen.

**Eine Verordnung,** betr. das Verbot unbefugten Massentragens und den Handel mit Waffen erläßt das stellvertret. Generalkommando in heutiger Nummer unseres Blattes. Wir weisen hiermit auf diese Verordnung hin.

**Abhandlungskommissioner Handwagen.** Der Firma Lüders & Stange ist in letzter Zeit ein Handwagen abhandeln gekommen und vermutlich geflohen worden. Der Wagen, welcher an der Unterstadt bei der Kleinen Allee stand, ist grau gestrichen und mit einem eisernen Geländer versehen. Die Speichen der Räder und das eine Ende des Handgriffes waren neu und noch nicht angestrichen.

**ph. Kartoffelschalen statt Butter.** Wie feinerzeit schon berichtet, hatte ein Galantier aus Schwarzenburg zwei angeblichen Seeleuten ein Faß Butter gekauft, welches aber anstatt Butter gesäugte Kartoffelschalen enthielt. Die beiden Betrüger wurden nunmehr in Person zweier mehrfach, unter anderem mit Justizhaus, vorbestrafter hiesigen Händwerker ermittelt.

**ph. Früh kommt sich ...** Ermittelt und festgestellt wurde ein junger Arbeitsburke, der in Gemeinschaft mit mehreren Schulknaben verschiedene Einbrüche ausgeübt hat. Die Täter haben, um in einer in der Fleischbänkestraße befindlichen Sondernfabrik einzubrechen, einige im Erdgeschoß befindliche Fenster-scheiben mittels Schneeballen zertrümmert und sind auf diese Weise durch Öffnen der Fensterscheiben, in die Fabrik eingestiegen. Dort haben sie sich für 70 Mark Sondern angeeignet und den Raub unter sich geteilt. — Dieselben Knaben haben auch unter Anwendung von Dietrichen verschiedene weitere Einbrüche ausgeführt, wobei ihnen Geld, eine Uhr, Brotkartenscheine und Lebensmittel in die Hände gefallen sind.

**ph. Festgenommen** wurde ein in Isehoe wohnhafter Arbeiter, der in dem dringenden Verdachte steht, in der Nacht zum 20. d. M. in einer Hunderte in Schreistaten für 300 Mark Fleischwaren gestohlen zu haben.

**ph. Gestohlener Schlitte.** Am 16. d. M. ist aus dem Hause Königstraße 13 ein zweiflügeliger, rotgefärbter Kinderschlitte mit gelbem Sitzbrett gestohlen worden. An dem Schlitte befindet sich eine aus Eichen gebogene Rückenlehne.

**Harburg.** Gegen die Kriegsverlängerer und Wahlfreunde. Zu einflussreichen Kundgebungen gegen das Kriegsverlängernde Treiben der Vaterlandspartei, gegen den Lebensmittelhändler und gegen die Verschleppungs-maschine der Wahlfreunde im preussischen Abgeordnetenhaus geschickten sich die Volksparteien in Harburg und Bil-

helmsburg, in denen Gerolf Otto Braun-Berlin über „Frieden, Brot und gleiches Recht“ sprach. In beiden Versammlungen gaben die überaus zahlreich erschienenen Männer und Frauen durch stürmischen Beifall ihr Einverständnis mit dem Redner kund, der das Treiben jener reaktionären Kreise scharf geißelte, die durch die Vaterlandspartei gegen den Verständigungsverweigerung wüthen, das Volk der Ausbeutung durch die Lebensmittelhändler preisgeben und ihm das gleiche Wahlrecht verweigern. Obwohl freie Auspassage zugesichert war, traten nirgends Gegner auf. Der Mut der vaterlandsparteilichen Heimkrieger erschöpft sich eben nur in der Verprügelung wehrloser Kriegswaliden.

## Neueste Nachrichten.

Berlin, 21. Januar. (Amtlich.) Neue U-Boot-Erfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz: 22 000 Brutto-Registertonnen. Unter den versenkten Schiffen, von denen die Mehrzahl tiefbeladen und bewaffnet war, konnte der bewaffnete französische Dampfer „Magellan“ (8265 To.) mit Salspeterladung von Chile nach Frankreich festgesetzt werden; unter den übrigen vernichteten Schiffen befanden sich zwei größere englische Dampfer.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Wien, 22. Januar. (Amtlich.) Am 20. Januar stießen türkische Streitkräfte, und zwar der Panzerkreuzer „Sultan Zaus Selem“ (früher „Göben“), der kleine Kreuzer „Midilli“ (früher „Breslau“) und Torpedoboots, aus den Dardanellen gegen feindliche Streitkräfte vor, die durch Fliegeraufklärung bei der Insel Imbros festgestellt waren. Ein großer und ein kleiner englischer Monitor wurden vernichtet. Ein Transportdampfer von 2000 To. versenkt, mehrere Sulkts wurden schwer beschädigt und die englische Signalfstation in der Kephalobucht zerstört. Beim Rückmarsch nach den Dardanellen ist der kleine Kreuzer „Midilli“ durch mehrere Unterwasser-Kreuzer von Minen oder Unterseebooten gesunken. „Sultan Zaus Selem“ kam beim Einlaufen innerhalb der Dardanellen in der Enge bei Nagara leicht fest. Er ist nicht, wie in der englischen amtlichen Meldung behauptet wird, durch schwere Beschädigung auf Strand gesetzt.

Basel, 21. Januar. „Havas“ meldet aus Petersburg: Lenin teilte einer Abordnung der Provinzial-Sowjets mit, daß es der versammlunggebenden Versammlung nicht gestattet sein werde, sich anderswo zu vereinigen, und daß, um die aufgelöste Versammlung zu berufen, es einer neuen Beschlußfassung des nächsten Kongresses der Sowjets bedürfe. — Das Zentralkomitee der Sowjets trat zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, um die durch die Ereignisse in der Sobranje herbeigeführte Lage zu prüfen.

Stockholm, 21. Januar. Am 21. Januar traten in Petersburg die Vertreter der Arbeiter- und Soldatenräte von ganz Rußland zu ihrem dritten Kongresse zusammen. Am 28. Januar wird der allrussische Kongreß der Bauern-Vertreter eröffnet. Somit sind in den nächsten Tagen tatsächlich die drei stärksten autoritativen Vertretungen ganz Rußlands, einschließlich der inzwischen als selbständig erklärten Gebiete der Ukraine, Sibirien und des Kaukasus, in Petersburg versammelt.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stilling.  
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedz. Meyer & Co.  
Erscheint in Lübeck.

## Verordnung betr. Verbot unbefugten Waffentragens und den Handel mit Waffen.

Zur Grund des § 9b des Gesetzes über den Felagerungsstand vom 4. Juni 1851 bestimmte ich für den Bereich des Reichs. L. L. folgendes:

§ 1. Das Tragen von Stöck, Stöck- und Schusswaffen ist verboten.

§ 2. Von dem Verbot werden nicht betroffen:

1. Personen, die kraft ihres Amtes oder Berufes zur Führung von Waffen berechtigt sind, oder in Ausübung eines auf die Befreiung oder den Verkauf von Waffen bezüglichen Gewerbes vorübergehend Waffen tragen müssen, hinsichtlich dieser Waffen.
2. Die Mitglieder von Vereinen, denen Waffentragen erlaubt ist, im Umfange dieser Befugnis.
3. Personen, die sich im Besitze eines Jagdwildschusses befinden, hinsichtlich der zur Ausübung der Jagd dienenden Waffen.
4. Personen, die einen für sie angeordneten Waffenschrein bei sich führen, hinsichtlich der in demselben befindlichen Waffen.

§ 3. Die Veräußerung von Stöck, Stöck- und Schusswaffen und Munition an Personen, die zum Waffentragen nicht berechtigt sind, ist abgesehen vom Verkauf zum Zwecke der gewerblichen Veräußerung, verboten.

§ 4. An Militärpersonen, abgesehen von Offizieren und im Offiziersrang stehenden Unteroffizieren, dürfen Stöck, Stöck- und Schusswaffen nur bei Vorlage einer schriftlichen Erlaubnis ihres Truppenführers veräußert werden.

§ 5. Zur Erteilung des Waffenschreines ist die Ortsbehörde befähigt; sie kann den Waffenschrein jederzeit wieder einziehen. Für die Ausstellung des Waffenschreines können Gebühren erhoben werden.

Waffenschreine und Jagdwildschüsse dürfen an Ausländer nur in so fern erteilt werden, als ihnen die Ausübung der Jagd gestattet ist. (S. 1. Verordnung über den Waffenschrein, der Jagd und Jagdwild durch Ausländer vom 29. September 1918.)

§ 6. Die Waffenhändler haben über den Verkauf von Waffen ein Buch zu führen, in dem fortlaufend nach der jeweiligen Marke und Bezeichnung des Kalibers, Kalibers, Kalibers, Kalibers und Bezeichnung der Marke aufzuführen ist. Dieses Buch ist jedermann der Ortsbehörde auf Verlangen vorzulegen.

§ 7. Waffen, die in Städten, Dörfern oder ähnlichen Orten veräußert sind, dürfen Schusswaffen, Pistolen und Revolvern dürfen nicht veräußert, verkauft oder getauscht werden. Unter Verbot ist auch die Veräußerung in Schauplätzen und Verkaufsstellen zu verstehen.

§ 8. Handhabungen gegen diese Bestimmungen werden mit Geldstrafe bis zu einem Jahre bestraft. Wenn Vergehen willkürlich der Handhabung aus dem Jahre der Strafe bis zu 1000 Mk. erkannt werden. Die gleiche Strafe trifft denjenigen, der zu seiner Verweigerung anfordert oder anzeigt. Der Versuch ist bestraft.

§ 9. Die vorstehenden Bestimmungen betreffen die Bestimmungen der Bestimmungen und Handhabungen treten außer Kraft. Der stellv. Landesminister General.  
27. v. Falk.  
General der Kavallerie.

## Brennstoffkarte F.

(Siehe dritte Verordnung über die städtische Brennstoffversorgung vom 11. Dezember 1917; L. L. Nr. 551.)

Für den Stadtgemeindegeld wird verordnet:

I. Die Brennstoffkarten E verlieren ihre Gültigkeit mit Ablauf des 23. Januar 1918. Dies gilt nicht, soweit vorher auf die Karten Brennstoffe bestellt worden sind.

Die Abgeber von Brennstoffen (Händler, Verbrauchsgenossenschaften oder sonstige Versorgungsanstalten) haben die ihnen vorliegenden unbenutzten Brennstoffkarten E anzuhalten und der Ortsstellenstelle einzureichen.

II.

Am 23. Januar 1918 werden die Brennstoffkarten F verwendet.

Ganz Brennstoffkarte F erhalten diejenigen Haushaltungen, die am 1. September 1917 weniger als zwanzig Zentner Brennstoff im Besitz gehabt haben.

Die Brennstoffkarte F wird durch die Ortsstellenstelle (Kanzlei-gebäude, Burgstraße 6) erteilt. Bei der Abholung ist das Lebensmittelausweise des Haushaltungsvorstandes vorzulegen.

Die Abholung in dringenden Haushaltungen verboten, die eine Brennstoffkarte F bereits erhalten haben oder zurzeit im Besitze von mindestens 5 Zentnern Brennstoff (d. i. Steinkohlen, Anthrazit, Gasheizöfen, Braunkohlenpresshölzer, Braunkohlenpulver und Holz) sind.

III.

Die Verordnung vom 11. Dezember 1917 findet Anwendung. Lübeck, den 19. Januar 1918. (299)

Das Polizeiamt.

Die der Stadt zum Sonntag anzuwendende Besten untere der Witten, Schwager- und Groggen (292)

**Bertha Bamann**  
geb. Giebel  
im 70. Lebensjahre.  
In erster Ehe  
Herrn Bamann u. Frau  
Anna geb. Schröder.  
Die Beerdigung beginnt  
Dienstag, den 21. d. M.,  
nachmittags 2 1/2 Uhr, in  
der Kirche des Dorotheer  
Klosters.

Fähig, sich zu erwehren  
wurde mit ein Recht  
wegen einer unglücklichen  
Tat.

**Ingeborg**  
nach einem langen Tod  
am 19. d. M.  
In 70. Lebensjahre  
Herrn Korbgen u. Frau  
Helene geb. Völker.  
Die Beerdigung  
H. Völker und Frau.

## Hauschuhe

f. Erwachsene u. Kinder bezugseinfrei vorrätig  
Kriegshilfe, Abt. Schuhfürsorge,  
Königstraße 19. 301

### Vorträge der Oberschulbehörde.

Professor E. E. Pauls  
Wiederholung der Vorträge über  
**Goethes Faust.**

7 Vorträge  
am 29. Januar, 5., 12., 19., 26.  
Februar und 5. und 12. März  
**abends 8 Uhr**  
in der Aula d. Ernestinenschule.  
Preis für die Vortragsreihe M. 2.—  
Die Karten sind an den üblichen  
Stellen und abends an der Kasse  
erhältlich. (293)

**Zuschußkasse der Hauszimmerleute zu Lübeck.**

**General-Versammlung**  
am Montag, dem 4. Februar  
abends 7 1/2 Uhr  
bei Mohr, Hundestraße 101.  
Tagesordnung:  
Jahresabrechnung, Vorstands-  
wahl und Berichterstattung des § 8.  
Der Vorstand.

### Hansa-Theater.

Heute abend 7 Uhr: (296)  
**Juldens Flitterwechen.**

### Stadttheater.

Dienstag, den 22. Januar 1918:  
Lübecker Schauspielergemeinde:

### Clavigo.

Mittwoch, d. 23. Januar 1918:

### Blaue Karten.

Die Csardasfürstin.

Donnerstag, 24. Jan. 1918:

### Ariadne auf Naxos.

Oper von Richard Strauß.  
Anfang der Vorstellungen  
7 Uhr.

## Kaisergeburtstagsspende R. K.

(Konto: Spar- und Anleihekasse).

## Adlernagelung am 27. Januar.

Jeder Gutschein ein Los!

Das zur Verlosung kommende wertvolle

## Kaiserbild

ist im Schaufenster der Kunsthandlung Bernhard Nöhning, Breite Straße, ausgestellt. Gutscheine in allen durch Plakate kenntlichen Geschäften.



### Gegen den Belagerungszustand.

Am Sonnabend setzte der Hauptausschuß des Reichstags die Aussprache über den Belagerungszustand fort.

Abg. Trimborn (Z.) erkannte an, daß die Zensur eine schwierige Aufgabe zu erfüllen habe. Aber nach jahrelangen Erfahrungen muß auch keine Partei zu dem Gesamturteil kommen, daß es sich nicht um vereinzelte Mißgriffe handelt, sondern daß sowohl auf dem Gebiete der Zensur als auch auf dem des Vereins- und Versammlungswezens übelwollend und ungerecht gegen die Anhänger der Reichstagsmehrheit vorgegangen wird.

Gegen sie lassen die Militärbehörden sogar die schändlichsten Beschimpfungen zu. Wenn sich dann die Angegriffenen verteidigen wollen, verhindern die Militärbehörden das unter dem Vorwande, der Burgfriede müsse gewahrt werden. (Zuruf eines Wortführers des Kriegsministeriums: „Was sollen wir dagegen tun?“) Abg. Ebert: „In anderen Fällen wissen Sie das nur zu gut.“ Der Kriegsminister hat sich gestern auf ein Gutachten berufen, nach dem die Vaterlandspartei keine Partei sein sollte. Was muß das für ein Gutachter sein, der ein so unmögliche Gutachten abgegeben hat. Der Belagerungszustand soll dazu dienen, die Disziplin im Heere aufrecht zu erhalten, die Gefährdung der militärischen Maßnahmen zu verhindern und die öffentliche politische Sicherheit zu wahren. Darüber hinaus aber darf die politische Freiheit der Soldaten und Bürger nicht eingeschränkt werden. Und was sehen wir jetzt? Daß militärische Behörden den Belagerungszustand auszunutzen, um die Politik der Reichstagsmehrheit und der Reichsleitung zu bekämpfen. Der letzte Erlass des Kriegsministers scheint zweckmäßige Maßnahmen zu ziehen. Weshalb ist der Erlass nicht veröffentlicht worden? Und warum hat er so wenig genügt? Weil die Autorität des Kriegsministers nicht genügt gegen die Übergriffe der Generalkommandos. Das läßt den Kriegsminister in einem wenig erfreulichen, wenig glänzenden Lichte erscheinen. So kann es nicht weitergehen. Unsere Geduld ist jetzt nahezu am Ende. Wenn es nicht besser wird, müssen wir erwägen, ob nicht das Gesetz über den Belagerungszustand geändert werden müsse.

Kriegsminister v. Stein: Jene Schmähungen sind in solchen Blättern vorgekommen, die nicht der Zensur unterliegen. In diesen Fällen konnte von der Zensur erst nachträglich eingeschritten werden; und das ist auch geschehen. Kein Generalkommando hat bisher sich einen Widerstand gegen eine Entscheidung des Kriegsministeriums erlaubt. Einen solchen Widerstand würde er auch niemals dulden.

Abg. Heine (Soz.): Die Antwort, die unsere Oberst v. Wisberg in bezug auf das Versammlungsrecht gegeben hat, ist ganz ungenügend. So sind im 6. Armeekorps (Schlesien) alle öffentlichen politischen Versammlungen verboten und die geschlossenen Mitgliederversammlungen müssen erst besonders genehmigt werden, wenn in ihnen politische Angelegenheiten erörtert werden sollen. Das läßt sich in der gegenwärtigen, politisch erregten Zeit gar nicht durchführen. Daher ist es ganz unentbehrlich, daß die politische meilens wenig erfahrenen militärischen Behörden bei der Zulassung politischer Erörterungen parteiisch verfahren. Als er vor 6 Jahren von dem neuen Erlass über die Zensur gehört habe, habe er den Kriegsminister um den Wortlaut des Erlasses erfragt. Das ist abgelehnt worden, weil der Erlass nur für den inneren Dienstgebrauch bestimmt sei. Die Antwort entspricht in ihrem Inhalt und Ton weder der Bedeutung der Sache noch der Achtung, die der Reichstag und seine Mitglieder beanspruchen müssen. Jetzt stellt es sich heraus, daß die Letztliche des Erlasses ungenügend sind. Weshalb sind nicht die früheren Verbote aufgehoben worden? Die „Zukunft“ ist jetzt freigegeben, obgleich es früher hieß: Haben sie unerbittlich und werde stets das Vaterland geschützt. Jetzt ist das Vaterland nicht in Gefahr, obgleich es haben seine Äußerungen wieder veröffentlichten kann. Die Reichsleitung ist noch verboten, weil sie für die Grundzüge eingetreten ist, die jetzt von der Reichstagsmehrheit und der Reichsleitung als maßgebend anerkannt werden. — Wie einseitig zugunsten der Vaterlandspartei gehandelt wurde, zeigt auch der Vorgang in Heidelberg. Dort haben Studenten den bekannten Protest gegen die Vaterlandspartei herausgegeben. Oesterreich, die den Protest unterdrücken haben, sind ausgewiesen worden. Dieses Verhalten der Militärbehörden ist begreiflich, da der Kriegsminister ganz in den Anschauungen der Vaterlandspartei lebt. Hier ist jetzt nicht mehr mit Resolutionen auszukommen, sondern das Gesetz muß geändert werden. Er schlage daher vor:

Artikel I. An Stelle des § 1 des Preussischen Gesetzes vom 9. Juni 1851 tritt folgende Bestimmung:

Die Verhängung des Kriegszustandes ist zulässig für Gebiete, die teilweise vom Feinde besetzt sind oder in die ein feindlicher Einmarsch unmittelbar zu befürchten ist.

Für Gebiete, auf die dies nicht zutrifft, ist der Kriegszustand aufgehoben.

Artikel II. Wo auf Grund des § 1 oder § 2 Abs. 1 des Preussischen Gesetzes vom 9. Juni 1851 der Kriegszustand erklärt ist, ist für die auf Grund des selben zu treffenden Maßregeln, soweit sie sich gegen die Rechte von Zivilpersonen auf persönliche Freiheit, Unverletzlichkeit der Wohnung, des Eigentums, der Freiheit in Wort und Schrift zu äußern und sich in gesetzlicher Weise zu versammeln, richten, die obere Verwaltungsbehörde zuständig.

Artikel III. Gegen die von der oberen Verwaltungsbehörde erlassenen Anordnungen kann jede betroffene Person Beschwerde erheben.

Artikel IV. Zuständig zur Entscheidung über die Beschwerde ist der Reichsausschuß für die Prüfung der Maßregeln des Kriegszustandes.

Artikel V. Der Reichsausschuß besteht aus einem Vorsitzenden und 14 Beisitzern. Vorsitzender ist der Stellvertreter des Reichskanzlers. Die Beisitzer werden zur Hälfte vom Bundesrat, zur Hälfte vom Reichstag ernannt. Unter den vom Bundesrat zu ernennenden Mitgliedern müssen vier Mitglieder des Reichsgerichts sein.

Diese Änderungen gehen ihm, dem Redner, zwar nicht weit genug, aber für sie sei auf eine große Mehrheit zu rechnen.

Abg. Jung (Natl.) beantragt, daß der letzte Erlass des Kriegsministers gedruckt und dem Ausschuß zugestellt werde.

Der Kriegsminister sagte das zu. Er wundere sich, daß seine Äußerungen, die in der „Kreuzzeitung“ abgedruckt sind, vom Abg. Heine so abfällig beurteilt werden konnten. Ist es denn nicht begreiflich, daß auch die Militärbehörde aus Büchern solche Bedenken herauslesen, die die Verfasser der Bücher nicht als berechtigt anerkennen? Ob er gerne oder ungerne Kriegsminister sei, sei seine Sache. Unter allen Umständen aber habe er seine Pflicht zu tun, und werde sie tun. Bei uns ist die Zensur viel milder als in allen anderen Staaten. Der Minister verliest einen Erlass aus diesem Monat, nach dem politische Schriften veröffentlicht werden können, wenn sie streng wissenschaftlich sind und nicht zur Propaganda benutzt werden.

Abg. Haase (U.S.): Die Verhältnisse sind unter dem Belagerungszustand immer schlimmer geworden. Die Militärbehörden gehen mit einer Schärfe, Maßlosigkeit, Ungeschicklichkeit vor, wie es niemals für möglich gehalten worden ist. Der neue Erlass wäre ein Fortschritt, wenn er gewissenhaft durchgeführt würde. Aber viele Behörden rücken sich gar nicht danach; sie weisen auf derartige Erlasse. Vor fünf Monaten habe er dem Reichskanzler in einer Eingabe eine Reihe Beschwerden vorgebracht. Die Antwort ist noch immer nicht eingetroffen. Inzwischen gehen die Verfolgungen und Unterdrückungen weiter, sind zahlreicher und gefährlicher geworden. An der Front wird ein unzulässiger Druck zum Beitritt zur Vaterlandspartei ausgeübt. In weiten Bezirken werden alle Versammlungen der unabhängigen Sozialdemokratie verboten. Er selbst könnte nicht einmal in seinem Wahlkreis seinen Wählern Bericht erstatten über die Tätigkeit des Reichstages. In Berlin werden sogar die Zahlende politisch überwacht und zum Teil unterdrückt. Den Metallarbeitern in Berlin ist noch immer die schärfste Vorstandswehr verboten. Ein Antrag des Parteivorstandes, daß die Parteimitglieder Friedensversammlungen als Kundgebung für den Frieden ohne Anwesenheit und Kriegsentwicklungen veranstalten sollen, durfte nicht nachgedruckt werden und die Versammlungen wurden verboten. Lautlos darf keine Petition herausgehen. Die Petersburger Telegrammen-Agentur hat am 15. dieses Monats gemeldet:

Wolff-Meldungen über Friedensverhandlungen enthalten deren wahren Sinn. Kühnmann erklärte: Deutsche Regierung behalte sich Streikung jeder Mitteilung vor, die die Volksmassen in Deutschland aufregen könnte.

Am letzten Mittwoch haben der Parteivorstand und die Fraktion der österreichischen Sozialdemokratischen Partei einen Aufruf erlassen für den sofortigen Frieden ohne Annexionen und Kriegsentwicklungen. Der Aufruf konnte in Oesterreich gedruckt werden, bei uns ist er verboten. Auch der Antrag Heine ist ungenügend. Der Belagerungszustand muß ohne weiteres aufgehoben werden.

Abg. Seyda (Vole) schloß sich den Ausführungen der Abg. Heine und Haase an. Der Antrag Heine ist eine Grundlage zu einem tatkräftigen Eingreifen des Reichstages.

Abg. Erzberger (Z.) schlägt vor, daß ein Unterausschuß von 10 Mitgliedern den Antrag Heine zu einem gemeinsamen Antrag des Ausschusses umarbeite. Das ist unbedingt notwendig.

Auch muß festgestellt werden, ob der Belagerungszustand, wie Abg. Heine betont habe, nur im Widerspruch mit dem Gesetz auf das ganze Reich ausgebeugt werden konnte. Wenn das richtig ist, muß der Reichstag daraus die nötige Folge ziehen. Die Zensur wird planmäßig aufgehoben, um die Agitation der Vaterlandspartei zuzulassen, eine Gegenagitation aber zu verhindern. Das es jetzt feststeht, daß die Vaterlandspartei eine Parteiorganisation ist, müssen auch die beiden Vorsitzenden, der Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg und Herr v. Tschirp aus der Vaterlandspartei austreten, da sie zu den Militärpersonen gehören. Wie steht es damit, daß den Soldaten der Verkehr mit Reichstagsabgeordneten verboten worden ist?

General v. Wisberg: Bis jetzt ist noch kein solches Verbot festgestellt worden.

Freiherr v. Camp beschwerte sich darüber, daß sich dem Kriegsminister noch lange nicht genügend wohlwollend gegenüber der Vaterlandspartei verhielt. Den unabhängigen Sozialdemokraten muß beim Militär noch viel schärfer entgegengetreten werden. Ebenso dürfen Versammlungen der Kriegsbeschädigten nicht zugelassen werden.

Dann wurde der Unterausschuß für den Antrag Heine beschlossen. Die sozialdemokratische Fraktion wurde darin die Abg. Ebert, Heine entsendet. Ferner wurde ein Unterausschuß eingesetzt, der die Papierlieferungen an die verschiedenen Zeitungen prüfen soll. Ihm gehört von der sozialdemokratischen Fraktion Abg. Fischer (Berlin) an.

Nächste Sitzung: Dienstag nachmittags 3 Uhr.

### Ostelbisches Radikalmittel gegen den Hunger.

Man nehme den Verbrauchern ihr Recht. Endlich erfahren wir, daß unsere Ernährungspolitik bisher gar falsche Wege gegangen ist. Es war der größte Unsinn, die Erzeuger zu kontrollieren, daß sie ihre Erzeugnisse abliefern. Kontrolliert werden muß der Verbraucher, daß er nicht zu viel ißt. Und entdeckt man einen, der über die staatlichen Rationen hinausschlägt und etwa 8 Pfund Kartoffeln statt 7 Pfund in der Woche verzehrt hat, so gibt es ein einfaches Mittel gegen ihn: man gibt ihm überhaupt nichts mehr und nimmt ihm weg, was er noch etwa besitzt. Dann mag der verfluchte Kerl Hungers sterben, damit ist wenigstens die Ration eines tätigen Verbrauchers erspart, und von dem Dahingegangenen kann man sagen: „Sein Leiden war kurz.“

Das ist kein Witz. Es ist ostelbische Wahrheit. Der Vorsitzende des Kreis Ausschusses von Wollstein (im Wahlkreis des Grafen Westarp), ein Herr von Lude, zeichnet als der Erfinder dieses patentwürdigen Verfahrens. Herr von Lude hat nämlich entdeckt, daß einige seiner kreiseingesessenen Verbraucher den ihnen zugewiesenen Wintervorrat an Kartoffeln nicht rein säuberlich in Wochenrationen von sieben Pfund eingeteilt haben. Ihr unverdächtigter Hunger hat sie angetrieben, acht oder gar neun Pfund wöchentlich zu verzehren. Und deswegen dekretiert Herr von Lude, nachdem er kategorisch jeden Erlass des Mehrertrages abgelehnt hat:

Es werden von jetzt ab in den Haushaltungen regelmäßige Rationen der Kartoffelrationen vorgenommen und sind Haushaltungen, welche die Kartoffeln nicht ordnungsmäßig aufbewahrt oder über den Tagesbedarf hinaus davon verzehrt haben, der Rest der Kartoffeln weggenommen, auch der Fall im Kreisblatt bekanntgegeben werden.

Wollstein, den 20. Dezember 1917.

Der Vorsitzende des Kreis Ausschusses, von Lude.

Die Bekanntgabe im Kreisblatt findet unsern Beifall. Man sollte sie gleich in der Form einer Todesanzeige abfassen, etwa in der Form: „In 14 Tagen wird an Hungers sterben mein heißgeliebter versorgungsberechtigter Kreisinsasse Max Müller, nachdem ich, der Landrat, ihm seinen Kartoffelrationen für den Winter wegen Völlerei entziehen mußte. Dies zeigt in tiefem Schmerz an der Vorsitzende des Kreis Ausschusses, von Lude.“ Natürlich hat der Staat auch die Beerdigungskosten zu übernehmen.

### Handel und Wandel.

Von F. W. Hackländer.

3. Fortsetzung.

Diese Prozentsätze durch den Garten dauerte ungefähr eine Viertelstunde, während welcher Zeit er, wie schon gesagt, jeden Tag regelmäßig dieselben Schritte machte, bei denselben Beeten und Bäumen stehen blieb, und immer die gleichen Stellen des Treppengeländers, sowie des Gartengrauns mit der Hand berührte. Der alte Herr war weit entfernt, sich durch unsern Spott und unser Gehärf zu kränken zu fühlen, vielmehr wandte er sich bei solchen Ausdrücken unserer Freude nicht selten lachend gegen uns um und nickte uns mit seinem hageren, blassen Gesicht freundlich zu, ein Lächeln, das aber etwas so Sonderbares hatte, daß die kleineren Knaben darob in Angst gerieten und jedesmal unter die Mauer des Spielplatzes sprangen, wenn der alte Reismehl uns so kurz und mit so seltsamer Freundlichkeit ansah.

Gegen sieben Uhr hatte er seinen Spaziergang geendigt und wandte sich gegen das Haus zurück, wo sich unterdessen neben der Tür ein Fensterladen geöffnet hatte, aus welchem die Schwester unseres alten Nachbarn, die Jungfer Reismehl, herausgelaufen. Sie beschäftigte sich damit, eine flanelle Nachtlade an die Sonne zu hängen, darauf warf sie einen prüfenden Blick über den Garten, zog sich dann in das Haus zurück, um die Gartentür von innen zu öffnen, und ließ einen kleinen dicken Mops heraus, der alsbald mit großer Miße in den Garten hinkte, um dort durch ein schwaches Knurren und Bellen seinem Herrn den Morgenruf zu bringen. — Um diese Zeit läutete droben unsere Schulglocke; wir hatten nun aber auch alles gesehen, was im nachbarlichen Garten vorfiel, denn nachdem der alte Mops einige Jüge frischer Morgenluft geschöpft, sowie ein anderes Geschäft verrichtet hatte, wackelte er wieder ins Haus zurück, gefolgt von Herrn Reismehl, der nur zu seinem Kaffee ging. Im Vorbeigehen berührte er noch seine Flanelle an vier Stellen mit der Hand, drückte die Färlinne jedesmal mit zwei Händen an und versagte im Hause, nachdem er vorher regelmäßig ein paar mal gehäpelt hatte.

Dieser Herr Reismehl war es also, der auf die Anzeige in der Zeitung sich unter so annehmbaren Bedingungen bereit erklärt hatte, mich praktisch und theoretisch zum Kaufmann auszubilden zu helfen. Keine Großmutter, die zur Erörterung dieser wichtigen Frage einen zweiten Familienrat zusammenberufen, war sehr für unseren Schulnachbar, ebenso meine Tante, und ich selbst hatte für meine Person auch nichts gegen Herrn Reismehl. So große Ursache er hatte, über mich und meine Kameraden un-

gehalten zu sein, so war er doch weit entfernt davon, er gab uns vielmehr, wenn wir die Schule verließen und er unter der Tür seines Ladens stand, zahlreiche Beweise seiner Freundlichkeit und seines Wohlwollens, bestehend in ganzen Händen voll Nüssen, Mandeln und getrockneten Pflaumen. Dem aber das Ding gar nicht einleuchtete, das war die Jungfer Schmiedin. Obgleich sie aufs kräftigste nach Jassung rang, so konnte sie dennoch einigen Tränen nicht verbieten, über die Wangen hinabzurollen. Sie schüttelte lange wehmütig den Kopf, als meine Großmutter das vorteilhafte Anerbieten des Herrn Reismehl auseinandersetzte, doch sagte sie's nicht, die alte Frau zu unterbrechen, und erst als diese geendigt und der ganze Familienrat halb und halb seine Zustimmung gegeben, verdrückte sie es mit einigen schwachen Worten, dem Projekt entgegenzuarbeiten.

„Ach, Frau Pastorin,“ sagte sie, „Gott soll mich bewahren, daß ich mir je einfallen ließe, über einen Mitmenschen etwas Böses zu sagen; aber vom alten Reismehl munkelt man doch so allerlei, so seltsame Sachen, ja — „Nun, was denn?“ fiel ihr meine Großmutter etwas barsch in die Rede. — „Ach, Frau Pastorin, Sie glauben freilich so etwas nicht, und ich für mein Teil, nun ja, ich will es auch eigentlich nicht beschwören, aber man behauptet, der alte Reismehl müße etwas auf dem Herzen haben, denn er steige beständig ohne Ruhe in seinem Hause umher, fasse überall mit der Hand hin, als lüfte er etwas; kurz, Frau Pastorin, es ist nicht richtig.“ — „Ja, Großmutter,“ fiel ich der Schmiedin allfing in die Rede, „daß er überall herumtappi und alles angreift, das habe ich auch schon oft gesehen.“

Aber meine Großmutter erklärte alles für dummes Zeug und schrieb ohne Bezug einen eigenhändigen christlichen Brief, wie sie es nannte, an Herrn Reismehl, in dem sie mit ihm noch einiges über meine Lehrzeit besprach, und als der alte Herr noch an demselben Tag befriedigend geantwortet hatte, war ich Reismehlscher Lehrling und mußte tags darauf meine Funktion antreten. Meine Tante packte mein hübsches Maß und meine Kleider in einen kleinen Koffer, die Großmutter schenkte mir ein Exemplar der Bibel, ein paar Gesangbücher und eine mehrbändige Predigtsammlung, und im Augenblick, wo ich das Haus verlassen wollte, um meinen ersten Schritt ins Geschäftsleben zu tun, erschien die Schmiedin in der Haustür und übergab mir mit abgewandtem Gesicht ein Paar Leberärmel von dunklem Kattun, die sie für mich genäht, wobei sie mich hat, ihrer nicht zu vergessen.

Ich schritt allein und nachdenkend durch die Straßen und fand bald vor dem Reismehlschen Hause, wo ich mit einem tiefen Seufzer stehenblieb, um am Schlußgebäude nebenan hinauszublicken, wo ich so manche süße und schmerzliche Stunde verlebte. Diese beiden Häuser lagen mir, obgleich ich mit großen Hoffnungen in

den Kaufmannstand trat, wie die Bilder der Vergangenheit ins Zukunft aus. Die niderige, aber freundliche, neugebaute Schule mit ihren hellen, großen Fenstern war mir nie so heimlich erschienen, wie gerade am heutigen Morgen, wo ich an der offenen Tür vorbeimügte, um in das Rebershaus zu treten, das ein so ganz anderes, ernstes und gebiendes Aussehen hatte. Es war eines jener Gebäude, wie es deren in allen Städten noch viele gibt, hoch, schmal, mit kleinen unregelmäßigen Fenstern, die so wirr durcheinander standen, daß es von außen schwer zu bestimmen war, wie viele Stockwerke das Haus eigentlich habe.

Es war mir ganz bange ums Herz, als ich so vor den beiden Häusern stand, und so oft ich einen Schritt machen wollte gegen das Reismehlsche Haus, hielt mich das Summen und Rärmen in den Schulzimmern fast gewaltig zurück, und ich hörte mit Lust meinen Kameraden zu, die jetzt ihre Singtunde angingen. Ich sah sie von den Bänken aufstehen, sah, wie sie die kleinen Bücher zur Hand nahmen, aus denen auch ich hundertmal gesungen, und als sie ein altes bekanntes Lied anstimmten:

Der Winter ist gekommen,  
Der Winter mit seinem Schnee usw.

Da überfiel mich die Rehmüt und es ging mir wie der Schmiedin. Da stand ich zwischen den beiden Häusern, ein armes, verlassenes Kind: dort die Schule, aber sie mit ihrem lieben Spielplatz — für mich war sie nicht mehr da, und hier das Leben, es winkte mir so ernst und düster. Und doch war ich froh, daß es die Winterstunde war, die zwischen Schneewolken hindurch meinem Lebenswegfeld zukauf. Ja, ich war herzlich froh darüber; denn hätten meine Kameraden dort oben etwa gesungen:

Der Mai, er ist gekommen,  
Mit Blüten und Sonnenschein usw.

wie viel schwerer wäre mir das Herz geworden, und wer weiß, ich wäre wohl gar zu meiner Großmutter zurückgelaufen und hätte ihr weinend erklärt, ich wolle nun und nimmermehr in das finstere Haus zum Herrn Reismehl. In der Angst hätte ich vielleicht gelogen und versichert: „Ja, Großmutter, der streimer Kerl an der Haustür mit der langen Nase hat mir erzählt, die Jungfer Schmiedin habe recht, es sei in dem Hause recht finster und unheimlich.“

Doch jetzt verhalte der Gesang in der Schule, ich hörte die Stimme des Lehrers, der laut ermahnte, hübsch still und ordentlich nach Hause zu gehen, die Bücher schlagen zu, die Aesentafeln klapperten, und ich, um von meinen ehemaligen Kameraden nicht beim Eintritt ins bürgerliche Leben übersehen zu werden, trat schreck in den Laden des Herrn Reismehl. (Fortsetzung folgt.)



